

Wortprotokoll

Sitzung 14. Sitzung des Gemeinderats Kreuzlingen der Amtsperiode 2015/2019
20. Legislaturperiode

Datum Donnerstag, 10. November 2016, 19:00 Uhr

ort im Rathaussaal

Anwesend

37 Mitglieder des Gemeinderats
5 Mitglieder des Stadtrats

Abwesend

GR Schmid, GR Hartmann, GR Gremlich

Absolutes Mehr

19

Später eingetroffen

-

Vorzeitig weggegangen

GR Irene Herzog um 22.00 Uhr

Vorsitz

GR Dino-Gerardo Lioi

Protokoll

STS Thomas Niederberger, Tatiana Abate

Traktanden

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 6. Oktober 2016

Einbürgerungen gemäss Beilage

2. Emini geb. Resiti, Gjulsime
3. Müller, Timo

Wahlen

4. Ersatzwahl ins Wahlbüro

Botschaften

5. Budget 2017 Technische Betriebe Kreuzlingen
6. Kreditbegehren von CHF 2'890'000.– für die Aufwertung und Sanierung der Romanshonerstrasse zwischen dem Kreisel Blauhausplatz und dem Ziilkreis zuhanden der Volksabstimmung

7. Führung des Begegnungszentrums DAS TRÖSCH durch die Stadt für fünf Jahre mit einem Gesamtkreditrahmen von CHF 450'000.–

Verschiedenes

8. Verschiedenes

Der Ratspräsident begrüsst die Anwesenden zur heutigen Gemeinderatssitzung.

Der Ratspräsident: Geschätzter Herr Stadtpräsident Andreas Netzle, geschätzte Stadträte, liebe Kollegen vom Gemeinderat, geschätzter Herr Schulpräsident René Zweifel, verehrte Zuschauer, ich begrüsse Sie zur heutigen Gemeinderatssitzung. Seid alle herzlich willkommen! Ich stelle fest, dass der Gemeinderat beschlussfähig ist. Laut Gemeindeordnung müssen mindestens 25 Gemeinderäte anwesend sein.

Traktandenliste

Der Ratspräsident stellt die Traktandenliste zur Diskussion.

GR Wipf: Ich verlange Diskussion zu Traktandum 2 und damit Verschiebung an den Schluss der Sitzung.

GR Stahl: Dann verlange ich die Verschiebung von Traktandum 3 ebenfalls an den Schluss der Sitzung.

Abstimmung

Die Traktandenliste wird mit den beantragten Änderungen genehmigt.

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 6. Oktober 2016

Abstimmung: Das Protokoll der Sitzung vom 6. Oktober 2016 **wird einstimmig genehmigt.**

Einbürgerungen gemäss Beilage

STP Netzle: Vielleicht müsste man die Damen und Herren darüber informieren, was das bedeutet, wenn man die Traktanden ans Ende der Sitzung nimmt.

Der Ratspräsident: Wenn über ein Antrag der Einbürgerungskommission diskutiert wird, wird es unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt. Das ist so in der Gemeindeordnung festgelegt. Daher behandeln wir die beiden Anträge am Schluss der Sit-

zung ohne Zuschauer. Da sind vertrauliche Informationen drin, daher dürfen wir vom Gesetz her nicht vor allen Leuten reden.

Die Gesuche zu den Traktanden 2 und 3 werden von der EBK zur Ablehnung empfohlen.

2. Emini geb. Resiti, Gjulsime

Diskussion am Ende der Gemeinderatssitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Entscheid: Das Einbürgerungsgesuch von Emini geb. Resiti, Gjulsime wird mit **19** zu 17 Stimmen **abgelehnt**.

3. Müller, Timo

Diskussion am Ende der Gemeinderatssitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Entscheid: Das Einbürgerungsgesuch von Müller, Timo wird mit **22** zu 14 Stimmen **abgelehnt**.

Wahlen

4. Ersatzwahl ins Wahlbüro

GR Rüedi: Da mir die zu wählende Person nicht ganz unbekannt ist, trete ich in den Ausstand.

Abstimmung: Silvan Rüedi wird per 2. November 2016 als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

Botschaften

5. Budget 2017 Technische Betriebe Kreuzlingen

Eintreten ist obligatorisch.

GR Dufner: Gern berichte ich aus der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, wo wir das Budget in der Sitzung vom 27. Oktober 2016 behandelt haben. Stadtrat Beringer hat uns erst eingeführt und darauf hingewiesen, dass es sich um ein unauffälliges Budget handelt. Die einzige Auffälligkeit, welche Sie feststellen werden, ist die Tischvorlage, die Sie heute vorgefunden haben. Die Tischvorlage wurde gemacht, weil ein Apostroph an der falschen Stelle war. Die Zahl war korrekt, aber das Apostrophchen war verrutscht, daher hatte man das Gefühl, dass eine Tischvorlage notwendig ist. Ich als Präsident der FRK fand, wir können die Zahl auch ohne Apostroph richtig verstehen. Aber man wollte ganz sicher sein. Wenn Sie das zur Kenntnis ge-

nommen haben, können wir uns dem Budget inhaltlich zuwenden. Von SR Beringer wurde darauf hingewiesen, dass wir sinkende Energiepreise haben, dass wir sinkende Netzpreise haben, dass wir auch tiefere Preise bei der Energiebeschaffung haben, was den positiven Effekt hat, dass wir auch hier im Rahmen der Elektrizität fürs nächste Jahr eine Tarifsenkung vornehmen können. Er wies darauf hin, dass wir hohe Investitionen haben, einerseits im Wasserbereich mit dem Reservoir Mösli, andererseits bei der Schaltanlage im Bernrain. Drittens steht das Projekt Spiegel an. Damit man diese Investitionen glätten kann, werden wir im Bereich des Wassers eine Gebührenerhöhung machen müssen. Insgesamt wird das Budget 2017 mit einem Vorschlag von CHF 724'000 abschliessen, ist also positiv, was der FRK natürlich grosse Freude bereitete. Wir durften die Fraktionsmeinungen der SP und der CVP entgegennehmen. Von der SP werden wir wahrscheinlich heute Abend noch etwas hören, für die CVP darf ich etwas sagen, weil GR Schmid heute abwesend ist. Er wies darauf hin, dass wir im Rahmen des Budgets der TBK anders als bei der Stadt bezüglich der Ausgaben nicht viel Spielraum für politische Diskussionen haben. Vielmehr sind die Ausgaben grossmehrheitlich vorgegeben, einerseits durch die Infrastrukturinvestitionen, die getätigt werden müssen, andererseits aber auch durch die staatlichen Regulierungen, die gelten und uns wenig Freiraum lassen. Susi Bergsteiner brachte uns durch ihre PowerPoint-Präsentation diese doch sonst eher komplizierte Materie auf verständliche Art näher und konnte gleichzeitig einen ganzen Strauss an Antworten auf vorgängig eingereichte Fragen einfließen lassen. In diesem Zusammenhang dankt ihr die FRK für die Vorstellung, die vieles erleichtert. Im Rahmen der Fragen möchte ich euch einige vorstellen, die die FRK bewegten: Es wurde gefragt, warum die Energieausgleichsreserven aufgelöst werden, wenn wir im Bereich der Elektrizität ja sowieso sinkende Preise haben. Hier wurde darauf hingewiesen, dass man im Rahmen der Liberalisierung eine zeitnahe Preisbildung machen muss und dass man keinen Ausgleich zwischen den verschiedenen Bezugsjahren machen darf und dass es deshalb vor diesem Hintergrund Sinn macht, die Energieausgleichsreserven zu beseitigen. Weiter wurde beim Personalaufwand nach dem Hintergrund für die Zunahme im Vergleich zur Rechnung 2015 gefragt. Wir haben als Antwort erhalten, dass die Rechnung 2015 rund 9 Prozent tiefer abschliessen konnte als das Budget und dass einige Stellen nicht besetzt waren, dass Rückerstattungen von Krankentaggeldern ebenfalls eine Entlastung brachten und dass man mehr Eigenleistung erbringen konnte. Weitere Fragen wurden zu Details der Marketing- und Werbemassnahmen gestellt. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht eine Abschreibungsnotwendigkeit bestehe zwischen dem Engagement bei Swissspower Renewables. Hier wurde darauf hingewiesen, dass man heute noch von einer vollständigen Werthaltigkeit der Beteiligung ausgehen darf und dass daher keine Abschreibungsnotwendigkeit besteht. Ein weiteres Diskussionsthema war die Pauschalabgabe der TBK an die Stadt. Längere Diskussionen gab es im Zusammenhang mit dem Hinweis, dass man das Nettovermögen bei den TBK in den letzten zehn Jahren um CHF 23 Mio. abbaute. Es wurde darauf hingewiesen, dass dies nicht ein Verlust war, sondern dass das Geld in die Infrastruktur einfluss oder dass CHF 5 Mio. für die Swissspower aus diesem Betrag genommen wurden. Zu längeren Diskussionen gab das Land Spiegel Anlass, ebenso die Smart-Metering-Position. Es wurde auch eine Frage bezüglich der nicht mehr benötigten Restkredite aufgeworfen, ob man diese stehen lassen oder schliessen sollte. Diese strategische Frage werden wir im Rahmen der Rechnung in der nächsten FRK-Sitzung besprechen, die Antwort werdet ihr im Rahmen der Rechnung sehen. Bereits in einer der letzten Gemeinderatssitzungen diskutierten wir darüber, dass in der Spezialfinanzierung der Feuerwehr ein sehr grosser Betrag drin ist. Hier wurde gesagt, es sollte geprüft werden, ob man nicht aus dieser Spezialfinanzierung den Unterhalt des

Wasserleitungsnetzes mitfinanzieren könnte, wie das in vielen anderen Gemeinden der Fall ist. Der Durchmesser dieser Leitungen wird letztlich nicht für das Trinkwasser, sondern vor allem für den Löschschutz gebraucht. Daher wäre es auch sachlich begründet, dass die Feuerwehr dafür einen Anteil leisten müsste. Die FRK hat das Budget einstimmig zuhanden des Gemeinderats angenommen. Beim Finanzplan wurde von SR Beringer wiederum auf die hohen geplanten Investitionen hingewiesen. Bis 2020 werden durchschnittlich zwischen CHF 7 und CHF 14 Mio. jährlich ausgegeben. Im Zusammenhang mit dem Projekt Spiegel wurde darauf hingewiesen, dass die Kosten der Infrastrukturanlage für die TBK von CHF 14 Mio. eine reine Annahme aufgrund eines Kubaturpreises sind. Das Projekt ist noch nicht bestimmt, es handelt sich lediglich um eine Grössenordnung. Aus Sicht und von Seiten der FRK erfolgte der Hinweis, man müsse im Rahmen der Projektausarbeitung genau prüfen, was da wirklich drin liegt. Zur Diskussion stand auch der politische Auftrag der TBK: Sie haben nämlich den Auftrag, eine ausgeglichene Rechnung vorzulegen. Guido Gross wies darauf hin, dass sie grundsätzlich nach den gesetzlichen Regelungen bzw. den Vorgaben der Regulierungsbehörden die Möglichkeit hätten, mehr Ertrag zu generieren. Dies würde allerdings einen politischen Auftrag vom Gemeinderat erfordern. Falls dieser Auftrag nicht kommt, werden die TBK weiterhin ausgeglichene Rechnungen avisieren.

GR Dufner: Ich darf gleich die Fraktionsmeinung der CVP anschliessen. Die CVP gab einstimmig die Empfehlung ab, das Budget anzunehmen.

GR Salzmann: Die Technischen Betriebe stehen vor der gleichen Herausforderung wie die Stadt selbst: Grosse Investitionen, die bei den TBK wohl ein Muss und bei der Stadt teilweise eher Richtung Wunschliste sind und ein Vermögensstand, der stramm in die Verschuldung führt. Bei den TBK haben wir zumindest einen Lichtblick mit dem weiten Ausblick im Finanzplan bis ins Jahr 2036, auch wenn man solche Vorhersagen mit Vorsicht geniessen sollte. Der Gewinn – immerhin ist einer budgetiert – ist nicht wahnsinnig hoch. Wenn ich bedenke, was wir in Zukunft noch alles investieren müssen, sind wir von der FDP/EVP-Fraktion nicht zu Hurraoptimisten der Technischen Betriebe Kreuzlingen geworden. Etwas Kopfschütteln bereitet uns die kommende Volksabstimmung über das Spiegel-Areal. Es ist kaum vermittelbar, dem Volk etwas zu unterbreiten, was de facto keinerlei Auswirkungen auf dessen Leben hat. Bei einem Nein verbleibt das Areal halt im Landkreditkonto und die Stadt erhält von den TBK Mietzinsen. Wir glauben, es ist nicht sinnvoll, dem Volk diese Frage separat zu stellen. Wenn wir es richtig verstanden haben, sind im Spiegel-Areal grössere Investitionen geplant, die rein von der Grösse her einer Volksabstimmung unterliegen. Es wäre sinnvoll, die Investitionen und den Übertrag des Vermögenswerts zusammenzufassen und bis dahin die zwischenzeitliche Mietlösung beizubehalten. Eine allgemeine Bewertung: Die Liberalisierung des Energiemarkts sollte ja zu mehr Freiheit führen, wenn man das Wort liberal ernst nimmt. Wenn ich in den letzten Jahren Susi Bergsteiner aber zugehört habe, ist vom Regulator so viel vorgegeben, dass unsere Spielräume immer kleiner werden. Da frage ich mich schon, wo denn die Freiheit geblieben ist. Da kann es auch nicht weit her sein mit der Preisdifferenzierung der verschiedenen Anbieter, wenn alles minutiös von Bundesbern reguliert wird. Mit Freude nehmen wir zur Kenntnis, dass immer noch 75 Prozent der freien Kunden bei den TBK verblieben sind und somit eine hohe Kundenbindung vorhanden ist. Weiter so! Zuletzt möchten wir als Fraktion, aber auch ich persönlich, uns bei Susi Bergsteiner für ihre umsichtige, weitsichtige und kompetente Arbeit bedanken. Das Niveau ist sicher nicht mehr zu toppen. Ich bin gespannt, wie es nächstes Jahr ist. Auch dieses Jahr hast du

meinen ausführlichen Fragenkatalog sehr aufmerksam, detailliert und umfassend beantwortet. Besten Dank dafür. Die FDP/EVP-Fraktion stimmt dem Budget einstimmig zu.

GR Ruedi Herzog: Die Technischen Betriebe legen ein insgesamt gutes Budget 2017 vor, das einen moderaten Gewinn vorsieht. Die Bemühungen der Technischen Betriebe, trotz des engen Finanzkorsetts die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, sind bei den geplanten Investitionen klar ersichtlich. Die Anstrengungen werden von unserer Fraktion sehr positiv bewertet. Durch das zunehmende Auseinanderdriften der Anzahl Kunden, die nur das Netz nutzen und jenen, die bei den TBK auch Energie beziehen, werden die Möglichkeiten der Stadt und der TBK, durch eine entsprechende Angebotsstruktur und Tarifstruktur positive ökonomische und ökologische Anreize zu schaffen, stark eingeschränkt, was wir sehr bedauern. Die aufgrund der tiefen Preise sinkenden Erträge, insbesondere beim Gas und beim Strom, machen uns im Hinblick auf den Selbstfinanzierungsgrad der Technischen Betriebe für die Zukunft einige Sorgen. Wir sind darüber irritiert, dass unsere Forderung, die anlässlich der letzten Budgetdebatte in der FRK gestellt wurde, der Stadtrat möge eine Strategie im Hinblick auf die Entwicklung des Selbstfinanzierungsgrads entwickeln und vorlegen, bisher unbeantwortet blieb. Wir beschäftigen uns intensiv mit den uns vorgelegten Geschäften, unter anderem dem Budget der Technischen Betriebe und würden erwarten, dass von uns explizit gewünschte Informationen auch bereitgestellt werden. Im Budget 2017 der Technischen Betriebe ist ein substanzieller Betrag für die Beschleunigung der Umstellung auf Smart Metering eingestellt. Unserer Fraktion ist nicht nur die Versorgungssicherheit, sondern auch die Datensicherheit ein grosses Anliegen. Wir wünschen deshalb vom zuständigen Departement eine ausführliche Information zu diesem Projekt, insbesondere zum aktuellen Stand der Umsetzung, den weiteren Schritten, den Vorteilen der Umstellung, aber auch den Gefahren bzw. dem Aspekt der Sicherheit im Datennetz. Seit Jahren zeichnet sich ein Finanzierungsloch in der Sparte Wasser ab. Der Stadtrat schlägt jetzt eine Gebührenerhöhung vor, um die Ertragslage wieder zu verbessern. Dies ist ein möglicher Weg. Wir fordern den Stadtrat aber auf, vor dem definitiven Beschluss einer Gebührenerhöhung die Idee, welche vom Kommissionspräsidenten GR Dufner bereits erwähnt wurde, zu prüfen. Nämlich die Idee, ob nicht Geld aus der zweckgebundenen Spezialfinanzierung Feuerwehr für den Unterhalt und Ausbau des Wasserversorgungsnetzes eingesetzt werden könnte. Wir haben im Moment in dieser Spezialfinanzierung mehr als CHF 5.5 Mio. drin. Die Summe steigt Jahr für Jahr, weil es offenbar nicht genügend Mittelbedarf gibt, die Erträge aber aufgrund der kantonalen Vorgaben gar nicht reduziert werden können. Gemäss Aussage der TBK hat die Versorgung mit Löschwasser beträchtlichen Einfluss auf die Dimensionierung der Wasserleitungen und damit letztlich auch auf die Kosten. In anderen Gemeinden wird offenbar diese Praxis bereits angewendet. Wir bitten den Stadtrat, hierzu die nötigen Abklärungen zu treffen und dem Gemeinderat baldmöglichst darüber Bericht zu erstatten. Den Verantwortlichen der Technischen Betriebe und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken wir an dieser Stelle ausdrücklich für die geleistete Arbeit. Wir werden jederzeit kompetent informiert und sehen die Technischen Betriebe auf einem guten Weg. Unsere Fraktion stimmt dem Budget geschlossen zu, fordert aber den Stadtrat auf, die drei gewünschten Berichte zu erstellen und dem Gemeinderat zukommen zu lassen.

GR Hummel: Die Fraktion der SVP hat das Budget der Technischen Betriebe selbstverständlich auch gut angeschaut und diskutiert. Die Ausführungen von Susi Bergsteiner sowie die zahlreichen Fragen, welche an der FRK-Sitzung beantwortet wur-

den, wurden in der Diskussion bekannt gemacht und zur Meinungsbildung herangezogen. Das Budget ist unauffällig und bewegt sich in der Gewinnzone. Im Grossen und Ganzen bewegt es sich im Rahmen des letztjährigen und des vorletztjährigen Budgets. Allerdings werden sowohl beim Strom als auch beim Wasser die sogenannten Ausgleichsreserven aufgelöst. Ohne Auflösung dieser Reserven würde man in diesen beiden Sparten bereits 2017 eine schwarze Null schreiben. Auch haben wir den Finanzplan diskutiert. Aufgrund des Drucks im freien Energiemarkt ist es kaum noch möglich, einen bedeutenden Cashflow zu erwirtschaften. Es ist in erster Linie den nachlassenden Investitionstätigkeiten zu verdanken, dass sich die Nettoverschuldung ab 2021 voraussichtlich zu einem Nettovermögen umwandeln wird, was allerdings noch etwas in den Sternen steht. Die SVP-Fraktion dankt Susi Bergsteiner und ihrem Team für die super Arbeit und stimmt dem Budget 2017 der Technischen Betriebe zu.

GR Wolfender: Die Fraktion FL/RB hat das Budget und den Finanzplan der Technischen Betriebe eingehend diskutiert. Wiederum wurde uns ein klares und strukturiertes sowie transparentes Budget vorgelegt, was uns die Bearbeitung sehr erleichterte. Erfreut hat uns vor allem die weiter rege Tätigkeit in der Förderung der alternativen Energien wie zum Beispiel der Beteiligungsverkauf von Solaranlagen hier in Kreuzlingen. Mit solchen Aktionen lässt sich vielleicht auch eine längerfristige Abwanderung der freien Kunden, die nach unserer Meinung vor allem Atomstromkunden sind, kompensieren. Dennoch stellten sich in der Beratung zwei Fragen, die zum Teil mit dem Budget zu tun haben, aber auch mit dem vorgelegten Finanzplan. Bei der ersten Frage geht es um die neu installierten Zähler, die sogenannten Smart Meter und wie die TBK mit den gesammelten Daten umgehen wollen und wer darauf zugreifen darf. Hierzu wird mein Fraktionskollege Dani Moos beim genannten Budgetpunkt das Wort ergreifen. Bei der zweiten Frage, die sich uns stellt, geht es rund um den Erwerb des Spiegel-Areals, den geplanten Bau an der Nationalstrasse 28 und die Sanierung der Räumlichkeiten an der Nationalstrasse 27. Laut Finanzplan soll die Verschuldung in den nächsten vier Jahren um ca. CHF 16 Mio. steigen. Dass in der gleichen Zeit Bau-tätigkeiten und Landerwerb für Magazin, Werkstätte und Büros für insgesamt CHF 14 Mio. geplant sind, steht für uns in keinem Verhältnis. Wir von der Fraktion FL/RB sind für eine massvollere Investition in Zentrale Dienste. Wir schlagen vor, dass die Technischen Betriebe dem Gemeinderat für den gesamten Um- und Neubau ein Projekt vorlegen, sofern das nicht bereits vorgesehen ist. Die mehr als zweifelhafte 20-Jahresvoraussage, die im Finanzplan enthalten ist, ist unserer Meinung nach ein finanzpolitisches Trostpflasterchen, dass man weiss, in 20 Jahren sind die TBK wieder aus den Schulden heraus. Daher wollen wir den Finanzplan gar nicht kommentieren. Zusammenfassend lässt sich sagen, unsere Fraktion stimmt dem Budget einstimmig zu und setzt hinter den Finanzplan mindestens drei Fragezeichen.

SR Beringer: Ich möchte noch auf die Fragen von GR Ruedi Herzog kurz eingehen. Löschwasser: Der Vorschlag betreffend Löschwasser ist eine sehr gute Idee, die wir aufgenommen haben. Wir haben eine schriftliche Anfrage an die zuständige Stelle der Gebäudeversicherung gerichtet und warten dort noch auf Antwort. Smart Metering: Sie können sicher sein, dass wir mit solchen Daten sorgfältig umgehen. Es ist wirklich eine sensible Sache, auch der Kanton ist da dran. Ich möchte aber auch zu bedenken geben: Ich habe hier ein altes Telefon. Wer telefoniert noch mit so einem alten Telefon? Wahrscheinlich niemand mehr. Es gibt neue Smartphones. Wer hat ein solches? Ich würde sagen, das läuft viel schneller vorwärts als etwas mit Smart Metering. Das soll nicht despektierlich sein, sondern einfach darauf hinweisen, dass wir auch mit

dem Fortschritt laufen müssen. Wie es gehandhabt wird, werden wir in einer der nächsten WBU-Sitzungen präsentieren. Wir haben an der WBU-Sitzung vom 18. Oktober gewisse Sachen vorbereitet, die wir hier präsentieren wollten, aber leider sind wir aufgrund eines anderen Geschäfts nicht mehr dazugekommen. Wir werden aber voraussichtlich am 29. November an der WBU-Sitzung ausführlich über diese Sachen informieren.

GR Ruedi Herzog: Zur Präzisierung: Wenn es um Sicherheit im Datennetz geht, ist die Frage nicht, dass wir befürchten würden, dass die Technischen Betriebe Unfug machen mit den Daten, die sie gewinnen, sondern das Problem ist sehr viel eher, dass ganz andere Leute über die technischen Möglichkeiten, die heute existieren, Unfug treiben mit diesen Installationen. Bitte beachten, dass es keine Breitseite gegen die Technischen Betriebe war, sondern dass die Befürchtungen bzw. unsere Fragen bezüglich Sicherheitsmassnahmen an einem ganz anderen Ort liegen.

Materielle Beratung

Die Botschaft wird seitenweise durchberaten.

S. 7-8 Investitionsübersicht

GR Moos: Ich komme zurück auf die Thematik der Smart Meter. Ich habe mir da auch Gedanken gemacht und dazu auch einige Fragen formuliert. Vielleicht könnte man die Fragen mit dem Bericht zusammennehmen, das können wir vielleicht noch bilateral besprechen. Ich denke auch, dass das Thema sehr ernst zu nehmen ist, vor allem bezüglich der Datensicherheit. Ich meine, man muss sehen, so ein Smart Meter kann alle 15 Minuten Daten erfassen. Es gibt pro Jahr rund 35'000 Messpunkte. Je nachdem, welche Medien man ausliest (Strom, Wasser, Gas), kann man ein Profil erzeugen und schauen, wie die Geschäftstätigkeit oder die Produktionsprozesse im Moment funktionieren. Persönliche Aktivitäten sind herauslesbar. Man kann sogar schauen, wann jemand das WC spült, also zum Beispiel ob jemand krank ist, vielleicht muss er mehrmals aufs WC. All diese Sachen wären theoretisch möglich. Ich möchte auf keinen Fall davor Angst machen, aber ich denke, man sollte dies auf jeden Fall genauer anschauen und man sollte es auch entsprechend regeln. Daher stelle ich eine schriftliche Anfrage zu diesem Thema, die man unter Umständen an dieser WBU-Sitzung behandeln könnte.

Rückkommen auf Budget 2017 oder Finanzplan 2017-2020 wird nicht gewünscht.

Abstimmung: Das Budget 2017 der Technischen Betriebe Kreuzlingen **wird einstimmig genehmigt.**

-
6. Kreditbegehren von CHF 2'890'000 für die Aufwertung und Sanierung der Romanshorerstrasse zwischen dem Kreisel Blauhausplatz und dem Ziilkreisel zuhanden der Volksabstimmung

Eintreten (*wird stillschweigend beschlossen.*)

GR Forster: Vorab möchte ich ein Lob und einen Dank aussprechen. Die Kommissi-

on Werke, Bau und Umwelt wird in letzter Zeit und hoffentlich auch in Zukunft regelmässig informiert, auf dem Laufenden gehalten, wie der Stadtrat anstehende Projekte, Pläne und Ideen auszuführen gedenkt. Ich denke, es ist super so, wie es vom Stadtrat und der Bauverwaltung gehandhabt wird. So ist es auch in der vorliegenden Botschaft. In der WBU-Sitzung am 20. Oktober 2015 wurden wir informiert, was nun heute in Form einer Botschaft vorliegt. An der Sitzung vom 18. Oktober 2016 war für die involvierten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der WBU also nicht alles ganz neu. Wir wurden von SR Zülle und von Herrn Nöthiger, Leiter Tiefbau in Kreuzlingen sehr ausführlich über das Bauvorhaben, welches vorab von einem Projektteam und Workshops begleitet wurde, informiert und in die Botschaft eingeführt. Besitzer der Strasse und Bauherr ist der Kanton. Die Stadt als Mitbauherrin beteiligt sich zur Hälfte an den Kosten, bringt dabei aber eigene Ideen ein. Uns wurde versichert, der Strassenbelag sei in einem desolaten Zustand und müsste ohnehin ersetzt werden. In diesem Fall Gas-, Wasser- und Stromleitungen zu ersetzen, drängt sich geradezu auf. Im Moment wird diese Strecke täglich von 12'000 bis 17'000 Fahrzeugen durchfahren. Wenn die Strasse fertig ist, wird mit rund 10 Prozent weniger gerechnet, dafür sollte es dann viel flüssiger gehen. Ein Anteil der Kosten wird auch ins Aggloprogramm integriert und sollte dem entsprechen. Das bedarf dann allerdings einer Aufwertung dieser Strasse, sonst gäbe es dort nichts, aber das könnte mit diesem Projekt wahrscheinlich erreicht werden. Es soll eine Variante entstehen, die das jetzige Regime in der Strasse, also das zusammen Funktionieren aller Benutzer ändert. Uns wurde gesagt, das würde auch in anderen Gemeinden so angewendet. Es entstehen sogenannte Multifunktionsinseln, welche in den Verkehrsfluss eingreifen. Der Bus zum Beispiel bleibt bei den Haltestellen auf der Strasse stehen, stoppt alles, was hinter ihm kommt und fährt dann an der Spitze wieder los. Dadurch kann die in Kreuzlingen problematische Fahrplangenaugigkeit verbessert und die Busbenutzer können zufriedengestellt werden, möglicherweise neue ÖV-Benutzer gewonnen werden. Der Velofahrer fährt auf der Strasse und bewirkt dadurch, dass die Aufmerksamkeit der Autofahrer wohl gesteigert werden muss, was sicherlich einen Einfluss auf Unfälle haben wird. Der Fussgänger kommt zu breiteren Trottoirs als bis anhin. Gleichwohl beinhaltet die Botschaft eine Aufwertung, eine Verschönerung und Verbesserung des alten, grösstenteils unter Schutz stehenden Ortskerns von Kurzrickenbach. Parkplätze bleiben auf Wunsch der dort ansässigen Gewerbebetriebe erhalten. Die Ampel beim Schulhaus wird ebenfalls so belassen. Die Kinder in den Schulhäusern sind grösstenteils zu Fuss unterwegs und nützen diese Ampel. Im Kern von Kurzrickenbach wird durch eine Materialisierung das Bild zum Beispiel durch Bäume sicherlich verschönert. Als erste Strasse im Kanton wird die Durchfahrt mit 30 km/h signalisiert. Der Kanton weigerte sich bis anhin, das irgendwo zu machen. Teile bis zum Ziikreisel werden inskünftig mit 50 km/h befahren werden können. Es entsteht eine Verlangsamung aller beteiligten Verkehrsteilnehmer Fussgänger, Velo, Auto, ÖV, aber immer im Fluss. Heute sind zu diversen Stosszeiten jeweils lange Kolonnen am Stehen. Ein Miteinander könnte und sollte hier als Lösung entstehen. Nach einer relativ langen WBU-Sitzung war das Abstimmungsresultat eines, wie ich es noch nie erlebt habe: 2 x Ja, 1 x Nein bei 3 Enthaltungen.

GR Forster: Die Fraktionsmeinung der FL/RB: Wir denken, es ist eine gute, durchdachte geplante Botschaft für alle, nicht nur für die Kurzrickenbacher. Geben wir einen Anstoss, dann wird es funktionieren.

GR Rieser: Wir haben die Botschaft in der Fraktion SVP diskutiert und sind der Meinung, dass die Sanierung dieser Strasse ausgewiesen ist. Wir waren ein bisschen

erstaunt über die Aussage zu den Werkleitungen, wo man bisher immer hörte, diese seien in einem sehr guten Zustand. Wir sprechen ja nicht nur von zehn oder zwanzig Metern, sondern von mehr als einem Kilometer. Also ist es ein grosser Teil der Werkleitungen, der jetzt plötzlich nicht mehr so gut ist. Aber wir können damit leben. Die Romanshorerstrasse erleben wir als gut funktionierende Verkehrsachse. Es gibt kaum Stau, so dass der Bus nicht mehr vorwärtskommt. Für uns steht die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer im Vordergrund. Mit dieser Vorlage ist die Verkehrssicherheit vor allem der schwächeren Teilnehmer nicht mehr gewährleistet oder verschlechtert sich. Wir sagen Nein zu dieser Botschaft und ich sage euch auch warum. Ich gebe euch einige technische Daten weiter: In der Botschaft Beilage 3 Seite 28 seht ihr ein Bild mit zwei Lastwagen mit einer Fahrzeugbreite von 2.50 m. 2.50 m wurden vor rund 20 Jahren aufgehoben, die gibt es nicht mehr. Die Spiegelbreite beträgt 10 cm. Das sieht man bei Lastwagen nie. Die sind ein ganzes Stück breiter. Die Autobreite wird mit 1.80 m angegeben. Man weiss, dass 95 Prozent der PWs 2 m und breiter sind. Der Stadtbus in Kreuzlingen hat eine Breite von 2.55 m plus Spiegel, die Lastwagen sind alle mindestens 2.55 m breit, Kühl- und Isothermwagen, welche die Lebensmittel-läden wie Migros und Coop beliefern, wurden seit kurz nach der Aufgabe der Pferde-fuhrwerke auf 2.60 m ausgelegt plus Spiegel. Den Spiegel beim Bus könnt ihr auf 2 x 20 cm rechnen, dann kommt ihr fast auf 3 m Fahrzeugbreite. Bei den Lastwagen müsst ihr 20 bis 30 cm rechnen, also kommt ihr auf bis 3.20 m. Nicht berücksichtigt wurde, was passiert, wenn ein Lastwagen und ein Bus kreuzen müssen. Die Fahr-bahnbreite von 6.30 m und die Breite der beiden Fahrzeuge ist also identisch, also bleiben nur noch einige Millimeter Luft dazwischen. Also knallt es, die Spiegel sind weg, der Chauffeur verletzt. Das kann nicht sein. Es gibt beim Kreuzen auch die Mög-lichkeit, dass der Chauffeur das Steuer nach rechts herumreisst und aufs Trottoir fährt, dann gelingt es ihnen zu kreuzen. Die Fahrbahn hat keinen Mittelstreifen mehr, sondern ist eine Fläche. Achtet euch einmal darauf, wonach ihr euch orientiert, wenn kein Mittelstreifen mehr da ist. Bei einer schmalen Strasse wird es schnell eng. Last-wagen brauchen rund 20 bis 30 cm Distanz zum Trottoir, um ihre Pneu's nicht zu zer-stören. Auch in der Mitte braucht es für einen Lastwagen 40 bis 50 cm. Der zweite Lastwagen braucht diese Distanzen auch, so kommen wir auf 7 m Fahrbahnbreite. Alles, was darunter liegt, ist gefährlich. Es ist verantwortungslos, so etwas aufzuzei-gen. Dann kommen wir zu einem anderen Verkehrsteilnehmer. An der Romanshor-nerstrasse kann der Fahrradfahrer zügig rechts auf seinem Radstreifen fahren und kommt so gut ans Ziel. Nach der Sanierung muss er sich im normalen PW-Verkehr unterordnen. Wie wir gehört haben, hält der Stadtbus auf der Strasse, dahinter bildet sich eine Kolonne, dazwischen der Velofahrer, der dann noch in Genuss der Abgase kommt. Wenn er will, kann er links vorfahren, vielleicht hat er Glück und schafft es, es wird aber sicher nicht ungefährlich. Er kann aber auch aufs Trottoir, die Kolonne überholen und vorne wieder auf die Strasse fahren. Dann ist er vor dem Bus, also muss der Bus hinter dem Velofahrer fahren. Der Bus kann ihn ja dann wieder überho-len, wenn er will. Das ist sicher ein lustiges Spiel, vor allem am Ende der Strecke, wenn 20 oder 30 Autos hintennach zotteln. Die Fussgänger haben ja ein breites Trot-toir. Ich weiss, was passiert, wenn ein Lastwagen rechts aufs Trottoir ausweichen muss, wenn sie nicht kreuzen können. An den Menschen wurde hier überhaupt nicht gedacht. Aus diesen Überlegungen können wir zu so einer Vorlage nicht ja sagen. Das ist verantwortungslos, die SVP sagt daher nein.

GR Winterhalter: Die Fraktion SP/GEW/JUSO hat diese Botschaft diskutiert und sich auch über die betreffende Diskussion in der WBU orientieren lassen. Die Botschaft ist an und für sich unbestritten. Die Veloführung in Bezug zum Autoverkehr hat aber

doch zu reden gegeben. Die Darlegungen von Pro Velo Thurgau, welche allen Gemeinderäten gemailt wurde, wurde wohlwollend zur Kenntnis genommen. Es scheint, dass die Philosophie des Veloverkehrs geändert hat im Verhältnis zum Autoverkehr. Wenn man denkt, in der Bahnhofstrasse, die vor zehn Jahren gebaut wurde, machte man noch einen separaten Veloweg, heute wird das, wie das beschrieben wurde, gemeinsam gemacht. Für uns ist die Sicherheit des Velofahrers das Wichtigste und wir denken, dass auf die Empfehlung von Pro Velo Thurgau diese gewährleistet ist. Wenn diese sagen, die Sicherheit sollte da sein, denken auch wir Nichtvelofahrer, dass es so sein sollte. Zu reden gab auch die Pflasterung in Kurzrickenbach. Es wurde bemerkt, dass dieser Belag sehr reparaturbedürftig ist. Die Botschaft wurde einstimmig genehmigt.

GR Troll: Wir möchten zuerst SR Zülle herzlich danken, dass er sich Zeit genommen und uns am Montagabend diese Botschaft vorgestellt hat. Man merkte, dass ihm an dieser Strasse sehr viel liegt. Aber ich möchte vorweg das Resultat unserer Fraktion bekanntgeben: Die Fraktion FDP/EVP ist geteilter Meinung mit 4 Ja, 4 Nein und 2 Enthaltungen. Mittepartei. Also muss ich das Pro sowie das Kontra vertreten. Ich beginne mit dem Pro: Was spricht für diese Botschaft? Sicher der Beitrag des Bundes von maximal CHF 880'000. Eine normale Sanierung käme sicher nicht viel günstiger. Die Aufwertung des Zentrums in Kurzrickenbach, ein Vorteil für den Bus, weil er auf der Strasse hält und so Lücken schaffen kann und dann freie Fahrt hat und so sicher den Fahrplan besser einhalten kann. Die Fussgänger haben mehr Platz. Fürs Auge ist die Strasse sicher schöner. Laut Pro Velo Thurgau und den neuesten Erkenntnissen ist es für die Velofahrer sicherer auf dieser Strasse. Es hat Mittelinseln, die das Abbiegen erleichtern. Was spricht dagegen? Die 2 m breiten Mittelinseln. Wenn ein Auto nur ein bisschen schräg drauffährt, kann man rechts nicht mehr vorbeifahren. Mit 10 Prozent Umverlagerung der Mehrverkehr auf der Seetalstrasse. Das sind 1'200 bis 1'700 zusätzliche Fahrzeuge. Es gibt jetzt schon 12'500 Fahrzeuge und es gibt jetzt schon Stau. Ich denke, Seetalsträssler werden keine Freude haben. Dann müssen wir noch ein neues Verkehrsschild kreieren: Nur für sichere Velofahrer. Denn auf Seite 6 in der Botschaft steht, dass für die unsicheren Velofahrer die Seetalstrasse mit abgesetzten Velo- und Fusswegen zur Verfügung steht. Wir wollen doch das Velofahren fördern und das erreichen wir nicht, wenn ich als sicherer Velofahrer hinter dem Bus warten muss, bis die Leute ein- und ausgestiegen sind. Oder wenn ich im Stau warten muss und nicht rechts vorbeifahren kann. Was mache ich als Velofahrer? Ich fahre aufs Trottoir. Zum Glück haben wir nur einen 3 cm Absatz, da geht das relativ gut. Machen wir doch gleich von Anfang an einen Velo-Fussweg, wie wir es im Westen von der Mowag bis zum Plaza haben, vom Rauschkreisel bis zum Blauhauskreisel und von der Shell-Tankstelle bis Bottighofen. Dann hätten wir nämlich einen durchgehenden Fuss-Veloweg.

GR Sanfilippo: Die CVP-Fraktion hat sich auch intensiv mit dieser Vorlage auseinandergesetzt. Die CVP begrüsst, dass der Stadtrat entschieden hat, das Vorgehen so zu machen und die Sanierung der Romanshorerstrasse mittels Botschaft zur Abstimmung zu bringen. Damit wird auch die Meinung des Volks abgeholt. Im Rahmen der intensiven Diskussion dieser Vorlage in unserer Fraktion musste akzeptiert werden, dass gar nicht so viele alternative Möglichkeiten für die Umgestaltung der Romanshorerstrasse vorhanden sind. Es musste anerkannt werden, dass unter Berücksichtigung der Vorgaben, der Normen und vom Kanton eine mögliche Ausgestaltungsvariante vorgeschlagen wird, die wir hier vorliegen haben. Wir haben es begrüsst, dass die direkt betroffene Bevölkerung und Pro Velo in die Ausarbeitung des Projekts ein-

bezogen wurden. Fairnesshalber hätte ich mir auch gewünscht, dass zum Beispiel der TCS oder der ACS als Vertretung der Autofahrer einbezogen worden wären in dem ganzen Verfahren. Nicht als Einzelperson, sondern als Institution wie Pro Velo, dann hätten wir ein Gleichgewicht gehabt. Die CVP-Fraktion ist der Auffassung, dass bei der Beurteilung des Projekts eine langfristige Sichtweise notwendig ist, insbesondere bezüglich der bis ins Jahr 2030 prognostizierten Zunahme von 25 Prozent Mehrverkehr und dass dieser aufgefangen werden muss. Vor dem Hintergrund, dass davon auszugehen ist, dass auch der Langsamverkehr erheblich zunehmen wird, erhielt dies auch ein stärkeres Gewicht. Es macht daher Sinn, dass dies bereits heute in geeigneter, vorausschauender Art im Projekt berücksichtigt wird. Die Aufwertung und Neugestaltung des Zentrums Kurzrickenbach mit der Temporeduktion in diesem Bereich auf 30 km/h macht Sinn. Wir haben die Vorlage mit 4 zu 1 Stimmen angenommen. Das heisst, wir unterstützen das Kreditbegehren zuhanden der Volksabstimmung.

SR Zülle: Wie Sie gehört haben, gab es auch Gemeinderäte, die sich der Stimme enthielten. Das war der Fall bei der WBU-Sitzung und auch in den Fraktionen. Das bedeutet für mich, dass ich mich gern in die Debatte einbringen möchte. Normalerweise hört der Stadtrat einfach zu. Obwohl wir davon ausgehen, dass die Botschaft gut recherchiert und bearbeitet wurde, sind offene Fragen vorhanden. Und es gibt auch einige offene Ängste, die ich gern ein bisschen klarer erläutern möchte. Zuerst zu den Lastwagen: Ich habe Verständnis, dass GR Rieser diese Lobby vertritt. Man muss aber auch wissen, dass wir in Kreuzlingen einen Richtplan haben. Dieser stammt aus dem Jahr 2011 und ist behördenverbindlich. Darin heisst es, dass man den Lastwagenverkehr auf Transitrouten leitet. Die Transitroute ist Seetalstrasse-Bahnhofstrasse und nicht die Romanshorerstrasse. Es steht im Richtplan, dass man die Lastwagen möglichst aus der Stadt heraushalten soll, sie also nur für die Zufahrt und nicht für die Durchfahrt nimmt. Damit will ich einfach sagen, dass die Gewichtung des Lastwagens nicht so wahnsinnig gross gesehen werden muss. Wir machen keine grosse, breite Lastwagenroute, damit eben die Lastwagen sich fälschlicherweise nicht in die Stadt verirren, wo sie eigentlich gar nicht hingehören, ausser sie haben dort etwas zu tun. Zur Strassenbreite: Ich hatte selber ein bisschen Bedenken, als ich den Plan zum ersten Mal sah. Der Plan wurde an drei Workshops erarbeitet. Dabei waren Leute vom Gewerbe, von der Schule, vom Quartierverein, von Bus und Postauto und ganz wichtig Anwohner. Zu GR Sanfilippo kann ich sagen, ich bin selber TCS-Mitglied und ich bin überzeugt, dass noch einige irgendwo in einem Autoverkehrsverein Mitglied sind, die dabei waren. Und vor allem glaube ich, dass sicher mindestens 80 Prozent Autofahrer waren. Die Autolobby hatte ihre Vertretung im Workshop, das kann ich euch garantieren. Es waren genau diese Leute, die im Workshop ihre Ängste hatten, ich inklusive, als ich die Pläne der drei Projekte sah. Warum haben wir die Strasse so gestaltet? Da muss man die Eckwerte kennen. Zwischen Blauhaus- und Ziilkreisel haben wir links und rechts Häuser, die zum Teil so stark ins Trottoir reichen, dass man zum Beispiel bei den Riegelbauten auf die Strasse laufen muss, weil das Trottoir dort unterbrochen ist. So eng ist es dort. Auf der anderen Seite kommt man mit einem Kinderwagen nicht durch. Punkt 1: Die Trottoirs sind zu schmal. Wir müssen Trottoirs von mindestens 2 m haben. Wenn wir sie nun anpassen wollen, haben wir eine andere Vorgabe, nämlich dass die Strassenführung gerade sein muss. Man kann sie nicht wie ein Zopf den Häusern nach gestalten. Das geht nicht. Es war vorhin die Rede vom Radstreifen, wo man jetzt zügig fahren kann. Der Radstreifen ist so nicht mehr statthaft. Der Radstreifen hat auf jeder Seite einen Meter und noch einige Schachtdeckel. Der Radstreifen ist extrem gefährlich. Vor allem wenn man weiss, dass die Autofahrer dem Radstreifen entlang fahren und die Velos nicht korrekt über-

holen. Sie machen keinen Bogen, sie fahren am Radstreifen vorbei und da kommt es zu ganz schwierigen Situationen. Sicherheit ist mit diesem Radstreifen nicht geboten. Schön wäre es natürlich, wenn wir Platz hätten wie an der Unterseestrasse. Es ist wunderbar, wenn man eine so breite Piste hat, wo man den Radstreifen breiter machen kann oder wie an der Seetalstrasse aufs Trottoir nehmen kann. Aufs Trottoir nehmen ist wegen der sehr vielen Ein- und Ausfahrten keine Alternative. Allein auf jeder Seite hat es etwa 20 Strassen. Das heisst, wenn wir den Radfahrer aufs Trottoir nehmen, wird er immer wieder gestoppt. Dies wurde geprüft, weil immer wieder Autos kommen. Wir haben die Situation Bahnhofstrasse, die nicht sehr glücklich ist, wenn man hineinfährt und jedes Mal den Radstreifen oder den Radweg überqueren muss. Das führt zu ganz komischen Situationen. Man hat schnell einmal eine Autohaube vor sich, wenn man auf dem Radstreifen oder dem Radweg fährt. Das ist sehr gefährlich und Pro Velo hat gesagt, das kommt bei einer solchen Strasse mit so vielen Ein- und Ausfahrten nicht in Frage. Dann wissen wir auch, dass das nicht die Komfortroute oder die Freizeitroute der Velofahrer ist. Wir haben ein Langsamverkehrsprogramm, das ganz klar sagt, wo welche Radrouten sind. Das wurde zwar belächelt, allerdings zu Unrecht, weil wir wissen, wo wir Radstreifen und Radwege ausbauen. Am wichtigsten am See, nämlich für Freizeit, das sind die Freizeitrouten, am meisten befahren mit 1'600 Velos täglich. Im Winter sind es immer noch 200. An der Seetalstrasse, die wir als Komfortroute nehmen, kann man relativ zügig auf dem Trottoir fahren, weil es breit genug ist. Weiter haben wir die sogenannte Schnellroute auf der Romanshorerstrasse. Man kann auf dieser Route zügig fahren. Sie wird vor allem von Pendlern benutzt. Dort sieht man kaum Familien, die in der Freizeit Velo fahren. Ein Gemeinderat sagte an einer Fraktionssitzung, er mache ab und zu die Radrundfahrt um den Bodensee. Die schlimmste Strecke für die Velofahrer sei die Romanshorerstrasse. Ich glaube, dass das stimmt. Also heisst das, wir müssen für die Velofahrer einen anderen Weg suchen. Die Lösung, die wir vorschlagen, ist, mit dem Verkehr zu fahren und alle aufeinander Rücksicht nehmen. Wir haben uns auch gefragt, ob das funktioniert. Es gibt natürlich Gemeinden, wo das läuft. Wir hätten sogar einen Film dabei, aber ich möchte Sie damit nicht langweilen. Wir haben das geprüft und das funktioniert in Städten wunderbar, die nehmen aufeinander Rücksicht. Lastwagen und Busse kreuzen sich wunderbar, weil wir rund 6.30 m Breite haben. Für die, die sich das etwas wenig vorstellen können, wenn wir jetzt auf der Romanshorerstrasse von Radstreifen zu Radstreifen schauen, sind das 6 m. Also auf der eigentlichen Fahrbahn haben wir nachher mit 6.30 m mehr Platz als vorher. Zum Vergleich: Die Seetalstrasse und die Bahnhofstrasse haben 6.50 m. Die Differenz ist die Breite dieses Blatts Papier hier. Es gibt andere Strassen wie die Langhaldenstrasse in der 30er-Zone mit 6 m und der Boulevard hat 5.50 m. Eine Schwierigkeit ist es, wenn man die Pläne zeigt. Ich habe sogar die langen Strassenkarten mitgenommen. Ich habe gedacht, je länger, desto breiter sieht sie aus. Aber eine Strasse von 1.4 km auf einem Blatt Papier sieht halt immer noch wahnsinnig schmal aus, nur ein Strichlein. Darum haben wir uns Gedanken gemacht, wenn wir in die Volksbotschaft gehen, dass es natürlich schwierig ist zum Anschauen und schwierig zum Verstehen, wenn man so nahe Linien sieht. Daher haben wir uns erlaubt, ein technisches Mittel zu nehmen und zwei Bilder zu schaffen. Das sind Animationen dieser Strasse. Das heisst, man macht ein Foto und bearbeitet es massstäblich. Es ist keine Fantasie. So sieht es aus Richtung Blauhaus auf der Romanshorerstrasse aus. Wir sehen da auch, dass die Busse auf der Strasse halten. Das macht in verschiedener Hinsicht Sinn. Das eine ist die Fahrplangenaugigkeit, das andere ist, dass der Bus vor sich keine Autos hat, wenn er Richtung Kreuzung oder Richtung Kreisel fährt. Er kommt also besser vorwärts und er kommt schneller zum Kreisel, als wenn er eine Kolonne Autos vor sich hat. Er macht aber auch etwas für

die Autofahrer, und zwar genau dann, wenn wir viel Stau und Verkehr haben, er schafft Lücken zum Einfahren. Wer schon einmal im Feierabendverkehr die Langhaldenstrasse hinuntergefahren ist, weiss, wovon ich spreche, wenn man nicht mehr in eine Strasse einfahren kann. Auch läuft es im Kreisel nur, wenn er Luftlöcher hat, auch das kennen Sie. Wir sind ja hier in Kreuzlingen, weil wir so viele Kreisel haben in Kreuzlingen. Ein Kreisel läuft nicht, wenn sich alles an den Kreisel heranstaut, weil die Autos schnell zum Kreisel fahren, jeder bremst und sie von allen Seiten kommen. Ziilkreisel lässt grüssen am Samstag. So ein Ziilkreisel funktioniert, wenn es Luftlöcher gibt und diese Luftlöcher werden so künstlich geschaffen. Es ist nicht so, dass wir Stau verursachen wollen, ganz im Gegenteil. Wir wollen den Verkehr langsamer und flüssiger machen. Das wollte ich noch als Erklärung geben, um jene, die sich der Stimme enthalten oder noch nicht ganz sicher sind oder von Fraktionen, die mit einem Nein hierhergekommen sind, vielleicht doch überzeugen zu können, dass vielleicht ein Ja besser ist. Es ist mehr Sicherheit da, wir haben eine bessere Aufenthaltsqualität für Radfahrer und für Fussgänger, breitere Trottoirs. Jeden Morgen laufen die Kinder da ins Seetalschulhaus, die gehen nicht mit dem Velo, die sind klein. Auf beiden Seiten laufen Truppen von Kindern auf diesen Trottoirs. Und wir werden das Umsteigen auf den ÖV fördern, aber auch aufs Velo. Davon bin ich absolut überzeugt. Und, das ist das ganz wichtige Herzstück, wir werden Kurzrickenbach aufwerten und zu einem schönen Dorfkern machen, was sicher den Namen verdient. Das Ganze wird auch vom Aggloprogramm subventioniert. Da ist auch die Sicht auf den Dorfkern Kurzrickenbach wichtig. Sie sehen auch die Schutzinsel, die ist ganz wichtig. Jetzt ist der Velofahrer auf einer weissen Linie und weiss nicht, ob er überfahren wird. Wir schaffen für ihn und für die Fussgänger Schutzinseln. Der Autofahrer kann auch drauffahren und hält nicht die anderen auf. Es ist also etwas, was wir mit guten Subventionen – die Hälfte bezahlt der Kanton, CHF 880'000 bezahlt der Bund mit dem Aggloprogramm – machen können. Wenn wir sie lediglich sanieren, werden wir keine Agglogelder bekommen und haben vermutlich nicht die Qualität einer Strasse, die Kreuzlingen verdient.

GR Hummel: Ich nehme Bezug aufs erste Foto. Ich bin in Kreuzlingen oft zu Fuss unterwegs, weil ich im Zentrum wohne. Das schöne, breite Trottoir: Ich garantiere, mindestens die Hälfte aller Velofahrer wird auf dem Trottoir fahren.

Materielle Beratung

Die Botschaft wird seitenweise durchberaten.

S. 1 1. Ausgangslage

GR Salzmann: Bei der Ausgangslage fehlen mir einige Sachen: Das ist mir etwas zu eng gedacht. Man konzentriert sich ausschliesslich auf die Romanshorerstrasse. Wir haben in Kreuzlingen ja drei Ost-West-Transversalen: Seetalstrasse, Romanshorerstrasse und die Südumfahrung. Seit wir vor vier oder fünf Wochen die Botschaft erhalten haben, haben wir noch zwei weitere Informationen erhalten, die wir zum Thema Südumfahrung und der zeitlichen Versetzung zum Sankt Nimmerleinstag aus der Zeitung erfahren konnten. Auf der anderen Seite noch etwas, wo man auf der Seetalstrasse mit Busspuren, wo man nicht mehr zu gewissen Geschäften abbiegen kann, was ich als Verkehrsbehinderung für Autofahrer interpretiert habe. Ich wäre daher froh, wenn man zu diesen beiden Themen noch Stellung nehmen könnte, damit man die Ausgangslage noch etwas breiter darstellen könnte.

SR Zülle: Die Südumfahrung wurde mit dem Kanton besprochen. Es waren Gemeindepäsidenten dabei und man schaute, wo die Schwierigkeiten liegen. Es ist nicht so, dass wir Kreuzlinger und auch ich als Stadtrat die nicht wollen. Aber es haben sich gewisse Sachen verändert. Bei der allerersten Vorlage sprach man nämlich noch nicht von OLS und BTS, das kam erst später. Der Kanton, und das ist der Bauherr, sagt klar, es macht nur Sinn, wenn wir eine Anbindung OLS haben. Er zeigte auch die Schwierigkeit gewisser Dörfer auf, die sagen, wenn ihr das macht, müsst ihr bei uns auch eine Umfahrung machen. Siegershausen, Bättershausen, aber auch Lengwil haben grosse Bedenken angemeldet, vor allem wenn man am Schluss nicht weiterfahren kann. Wenn wir nur das Stück machen, wird es Schwierigkeiten geben. Hier braucht es eine Umweltverträglichkeitsprüfung, da würden wir durchfallen, denn dabei muss man beweisen können, dass sich der Verkehr um so viel verlagert, dass sich der Einschnitt in die Natur lohnt. Dieser lohnt sich, davon bin ich überzeugt, wenn man die Anschlüsse intelligent gelöst hat. Sonst wird das nicht möglich sein. Es gibt natürlich auch noch Umweltschützer, die halt auch in den Schützengräben sind, die bekommen schon rote Ohren, wenn man davon redet. Diese verlangen, wenn sie nötig ist, soll sie möglichst in langen Zügen im Tagbau geschehen. Das heisst, man verlegt sie nach unten, möglichst auch noch ein Deckel drauf, natürlich ein grüner Deckel, damit das Wild zirkulieren kann. Das sind Vorgaben, die wir ernstnehmen wollen. Das heisst, diese Strasse wird teuer. Und wenn man diese Strasse macht, muss sie rentieren, umweltverträglich sein, die Anschlüsse müssen sichergestellt werden und wir brauchen auch noch den Goodwill der Gemeinden, in denen wir die Verlagerung machen. Ich glaube, das schaffen wir mit der OLS. STP Netzle hat sich sehr darum gewehrt, dass man nicht in Oberaach beginnt, sondern in Kreuzlingen, wenn man die OLS zu bauen beginnt. Die Verzögerung der OLS und BTS hat natürlich einen ganz klaren Grund. Man lehnte die Vignettenerhöhung ab. Das ist einer der wichtigsten Gründe. Man musste neue Finanzierungsmöglichkeiten suchen. Alle, die die Vignette abgelehnt haben, haben ein bisschen zur Verzögerung beigetragen. Die Busspur auf der Seetalstrasse ist von der Reutistrasse zum Ziilkreisel geplant. Bauherr ist der Kanton. Auch hier muss die Fahrplansicherheit gewährleistet werden. Wenn wir jedes Mal vor dem Ziilkreisel eine Kolonne haben und der Bus in dieser Kolonne steht, kann man die Fahrplangenaugigkeit nicht gewährleisten. Das heisst, es gibt eine Busspur. Diese Busspur darf übrigens auch vom Velo benutzt werden, das gibt also noch einen Riesenvorteil, der Velofahrer wird auch noch bevorzugt, nicht nur der Bus. Der Autofahrer muss nur dann halten, wenn er gleichzeitig mit dem Bus am Kreisel ist. Es ist also nicht so, dass er da lange im Stau steht. Der Bus hat einfach Vorfahrt. Es gibt noch weitere Sachen, zum Beispiel wird es bei den Kreiseln Signalanlagen geben, die den Bus bevorzugen. Das ist ein weiterer Punkt, der zurzeit vom Kanton geprüft wird. Der Bus muss pünktlich sein, und wenn man sagt, das hat bisher funktioniert, so möchte ich ans Votum von GR Sanfilippo erinnern, der gesagt hat, dass der Verkehr bis 2030 um 25 Prozent zunehmen wird. Wir müssen jetzt schon baulich weiterdenken, auch für die nächsten Generationen.

S. 5 2.2.3 Veloverkehr

GR Knöpfli: SR Zülle hat mir schon fast das Wort aus dem Mund genommen. Der mit der Bodenseerundfahrt bin ich. Ich habe diese etwa 15 Mal gemacht. Da fährt man auf den gut 200 Kilometern durch verschiedene Ortschaften mit unterschiedlichen Verkehrsregimen, Strassenführungen etc. Ich kann wirklich sagen, neben der Stadtdurchfahrt Bregenz ist die Romanshornerstrasse die grösste Katastrophe und der

absolut gefährlichste Abschnitt. Im Moment habe ich das Bild vom gemütlichen Velofahrer vor mir, der unterwegs ist vom Blauhauskreisel zum Ziilkreisel. Ich gehe davon aus, dass er für diese Strecke etwa zwei Minuten braucht. Er wird also in dieser Zeit auf einem kleinen, mit Hindernissen besetzten Radstreifen von etwa 20 Autos überholt. Er setzt sich bei der jetzigen Variante also in diesen zwei Minuten ungefähr 20 Mal einem gröberen Risiko aus. Wenn der gleiche Velofahrer auf der neuen Variante der Strasse das Pech hat, wenn er den Fahrplan des Busses dermassen genau trifft, dass er genau hinter dem Bus fährt während der Minute, in der der Bus auf der Strasse anhält, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass ich auf einem Turnfest mit einem Tombolalos gewinne, grösser.

S. 15 4.4 Gesamtkosten Aufwertung und Sanierung Romanshorerstrasse

GR Salzmänn: Man könnte auch die Meinung vertreten, dass man so ein Strassenprojekt ganz normal ins Budget aufnimmt, und dass wenn eine Strassensanierung gemacht werden muss, dass man diese Strasse saniert, wie wir alle anderen Strassen auch sanieren. Nun möchte ich zu Kapitel 4.4 gern wissen, was eine normale Strassensanierung kosten würde im Vergleich zu dem, was wir hier in der Botschaft haben. Da ich auch kantonaler Steuerzahler und Bundessteuerzahler bin, interessieren mich auch die Gesamtkosten und selbstverständlich auch, wie sich der Anteil der Stadt Kreuzlingen verändern würde, wenn wir die Strasse einfach nur sanieren würden.

SR Zülle: Eine genaue Zahl kann ich natürlich nicht nennen, sonst hätten wir sie berechnen lassen müssen. Wir wissen aber, dass eine normale Sanierung mindestens CHF 3 Mio. kosten würde, eher gegen CHF 5 Mio. Warum das? Es wurde ja gefragt, warum wir die Leitungen ersetzen müssen, obschon gesagt wurde, die Leitungen seien in gutem Zustand. Das ist ganz einfach. Sehr viele Leitungen wurden bereits ersetzt. Gesamthaft haben wir in der Stadt einen guten Zustand, aber hier ist er schlecht. Diese Leitungen wurden vor etwa 40 Jahren gemacht, mindestens ein Teil davon. Wir müssen diese sanieren. Wenn man die Leitungen herausnimmt, weiss man, man muss die Koffierung machen, man muss den ganzen Aufbau neu machen, dazu kommt noch, was sehr teuer ist, die Randsteine neu machen. Weil wir das Problem mit den Trottoirs haben, die nicht so breit sind, muss man sehr viele Randsteine ersetzen, was sehr viel Geld kostet. Daher glaube ich, dass wir irgendwo bei CHF 4 oder CHF 5 Mio. sein werden. Wenn wir keine Agglogelder bekommen, was bei einer normalen Sanierung der Fall ist, werden wir die Hälfte bezahlen müssen. Wir teilen uns die Kosten dabei mit dem Kanton. Vielleicht bezahlen wir nun CHF 900'000 oder CHF 1 Mio. mehr, aber da müssen wir auch schauen, was wir dafür bekommen. Und vor allem ist die Sicherheit gewährleistet und wir haben einen besseren Verkehrsfluss und einen Gegenwert, nämlich für die nächsten 30 bis 40 Jahre Ruhe und eine gute Strasse. Man verlockt das Geld also nicht einfach, sondern investiert es gut. Sagt man Nein zu dieser Sanierung und macht eine Normalsanierung mit einem Radstreifen von 1.25 m Breite, bleibt für die Lastwagen etwa 5.50 m, haben wir nicht das bessere Resultat. Darum glaube ich, sollten wir diese Chance nutzen und zuhanden der Volksbotschaft ein Ja beantragen. Es ist etwas Wichtiges, etwas für Kreuzlingen, was enorm wichtig ist. Wir könnten auch sagen, wir machen eine Botschaft von CHF 6.6 Mio., soviel kostet nämlich die Strasse und erklären, wie sie subventioniert wird. Das macht man in der Regel bei Projekten, die die Stadt macht, aber hier sind nicht wir Bauherr. Bauherr ist der Kanton. Bauherr ist eigentlich der, der bezahlt, und wir bezahlen an den Bauherrn, das Aggloprogramm bezahlt auch an den Bauherrn. Das ist

der Grund, warum wir nicht den Bruttobetrag eingesetzt haben. Aber ich garantiere, in der Volksbotschaft wird der Bruttobetrag ersichtlich sein.

GR Salzmann: Ich bin schon ein bisschen irritiert. CHF 3 bis CHF 5 Mio. Wenn das so viel besser ist, was man hier machen will mit der Romanshorerstrasse, möchte ich schon wissen, was der sogenannte Mehrwert – vielleicht ist es auch ein Minderwert, das wissen wir gar noch nicht – mehr kostet. Es ist eine Differenz von CHF 2 Mio. Damit kann ich vier Stadthäuser planen. Das sind Grössenordnungen, wo ich finde, das geht gar nicht. Sollte das vors Volk kommen, worauf der Stadtrat ja ein Anrecht hat, bitte ich dringend, dass man klar aufzeigt, was der sogenannte Mehrwert an Mehrkosten produziert, und zwar gesamthaft und ausgewiesen für die Stadt Kreuzlingen. Es kann nicht sein, dass man CHF 3 bis CHF 5 Mio. als Antwort erhält, das geht nicht. Tut mir leid.

GR Moos: Wenn man diese Strasse einfach nur sanieren würde, wäre es dann überhaupt möglich, dass man den Radstreifen wieder genau so macht, wie er jetzt war? Wie ich SR Zülle verstanden habe, ist das gesetzlich gar nicht mehr möglich. Die Sanierung würde so also gar nicht funktionieren.

SR Zülle: Genau das ist ja die Unsicherheit der Frage nach den Kosten für die Sanierung. Gewisse Sachen müssen bei einer normalen Sanierung nicht sein. Wenn wir eine ganz normale Strasse haben und alles stimmt, kostet es vielleicht CHF 3 Mio. Wir wissen aber, dass viele Sachen nicht stimmen, zum Beispiel die Trottoirs. Wir müssen die Trottoirs verbreitern. Wir müssen an der Strasse sehr viel verändern. Nun kommt es darauf an, was wir bei einer Normalsanierung wollen. Wollen wir für Kurzriickenbach eine Aufwertung oder nicht? Auch bei einer Sanierung bin ich der Meinung, müssten wir an der Ortskernaufwertung festhalten. Dann kostet es halt mehr. Wie gesagt sind die Randsteine etwas vom Teuersten. Dann kommt es darauf an, was für einen Belag wir wollen, das wissen wir jetzt noch nicht. Wir wissen, dass wir jetzt einen Flüsterbelag der neuesten Generation drin haben. Der Kanton als Bauherr kann sagen, den bezahlen wir nicht, es gibt einen Normalbelag. Es ist egal, wenn es etwas lauter ist. Denn nicht die Motoren der Autos sind laut, sondern die Pneus. Darum ist diese Unsicherheit da. Wenn wir Offerten einholen würden, läge es wahrscheinlich irgendwo bei CHF 4 Mio. Ich kann sonst auch noch Sandro Nöthiger fragen. Wir kennen die Preise von der Sanierung anderer Strassen. Aber hier müssen wir sehr viele Sachen korrigieren. Es ist auch noch wichtig, ob wir Inseln wollen, ob wir die Mehrzweckstreifen wollen oder nicht. Das sind alles Sachen, die bei einer Normalsanierung vielleicht hinzukommen. Der Radstreifen wird mindestens 1.25 m sein, in der Vernehmlassung beim Langsamverkehrsprogramm hat der Kanton Thurgau 1.50 m drin. Da bleibt für die Fahrbahnbreite nicht mehr viel übrig. Die Lastwagen müssen dann immer auf die Radstreifen ausweichen. Darum wäre das die denkbar schlechtere Lösung. Wir werden sicher ein bisschen einsparen, vielleicht einige Hunderttausend Franken, das ist durchaus möglich, aber hier haben wir dafür einiges mehr. Auch an die Aufwertung, die ja dem Kanton nicht viel bringt, aber der Stadt sehr wohl, bezahlen sie die Hälfte. Der Bund bezahlt an diese Aufwertung CHF 880'000, die er sonst nicht bezahlen würde. Ich denke, es wäre fast fahrlässig, wenn man nein sagen würde.

Rückkommen

GR Sanfilippo: Beim Zentrum Kurzriickenbach wird die Geschwindigkeit auf 30 km/h

reduziert. Ich hoffe, dass es auch so in der Botschaft steht und dass nicht steht, wir haben eine 30er-Zone. Das ist nämlich ein Unterschied, ob wir eine 30er-Zone oder eine Beschränkung auf 30 km/h haben. Ich bitte darum, das zu berücksichtigen, wenn man die Volksbotschaft ausarbeitet.

SR Zülle: Ich habe es geklärt. Es ist eine signalisierte 30er-Zone. Wir haben dort überall 30er-Strassen und mit der 30er-Romanshorerstrasse gibt es eine Zone. Wenn wir nur 30er-Zone schreiben würden, hätten wir Rechtsvortritt. Wenn es eine signalisierte 30er-Zone ist, können wir Signale setzen, das heisst kein Rechtsvortritt. Ihr seht, so schwierig ist es, aber wir haben es geklärt.

GR Leuch: Zum Neinlager möchte ich sagen, auch mit einem Nein bekommt ihr dort keine Autobahn. Wir sind gewissen Zwängen unterworfen. Das S in Kurzrickenbach ist ein Hindernis, jetzt auch schon. Ob wir es sanieren oder nicht, wir fahren nicht schneller durch. Es wurde ja gesagt, wir fahren etwa mit 35 km/h. Das ist keine schlechte Geschwindigkeit für dieses S. Das passt irgendwo. Ich denke, mit dieser Strasse können wir das Problem West-Ost nicht lösen. Aber wenn wir eine zukunfts-trächtige Strasse bauen wollen, die für alle Verkehrsteilnehmer die Lebensqualität ein bisschen verbessert, auch für Leute, die dort leben, die die Strasse täglich überqueren, Kinder, Velofahrer – ich benutze ja alle Verkehrsmöglichkeiten. In der Stadt bevorzuge ich das Velo, weil ich eingesehen habe, dass ich bei vielen Strecken schneller bin. Man sagt ja, man ist etwa gleich schnell wie der Bus. Wir können heute nein stimmen, irgendein Projekt kommt dann wieder, auch wenn wir es ablehnen. Ich glaube, viel Gescheiteres bringen wir nicht hin. Wir müssen einfach berücksichtigen, den Zwängen dieser Strasse sind wir unterlegen, da kann der beste Planer nicht etwas viel Gescheiteres planen. Daher möchte ich euch ermutigen, dass vielleicht doch noch jemand ja sagt, der nicht ganz von einem Nein überzeugt ist.

GR Portmann: Wenn wir von Bottighofen herkommen und Richtung Kreuzlingen fahren und irgendwo der Verkehr verlagert werden soll, die Lastwagen will man am liebsten über die Seetalstrasse fahren lassen, da müsste man auch einen Vertrag mit Google machen, was nämlich das Navigationssystem macht, denn dieses sagt sicher nicht rechts hinunter. 98 Prozent aller Autofahrer fahren gerade aus, auch die Lastwagen. Ich möchte euch einfach eines mit auf den Weg geben und das finde ich sehr wichtig. Den Verkehr über die Seetalstrasse führen, den Lastwagenverkehr, den Autoverkehr führt zu Problemen, die man heute schon hat. Es macht noch schlimmere Probleme. Wir kommen die Seetalstrasse entlang, gehen Richtung Bahnhof, kommen die Bahnhofstrasse und Konstanzerstrasse herunter, dann kommt der Einkaufstourismus, der nach Konstanz will. Dort haben wir einen Knotenpunkt, den man mit diesem Verkehr zusammenlegt, wenn man die Verkehrsleitung so haben will. Dann sollte der Lastwagen eigentlich geradeaus fahren im Kreisel, Unterführung Bärloch, dann sollte er Dreiviertel um den Kreisel, wo mehrheitlich auch der Stau ist. Siehe heute Abend. Ich habe 45 Minuten gebraucht von der Hauptpost Kreuzlingen bis zur Konstanzerstrasse 6. Ob man mit der vorgeschlagenen Sanierung erreichen will, dass der Verkehr flüssiger ist, ich glaube, wir machen uns grössere Probleme, als wir jetzt schon haben.

Abstimmung: Dem Kreditbegehren von CHF 2'890'000.– für die Aufwertung und Sanierung der Romanshorerstrasse zwischen dem Kreisel Blauhausplatz und dem Ziilkreisel zuhanden der Volksabstimmung **wird mit 23 Ja-Stimmen** gegen 13 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung **zugestimmt**.

-
7. Führung des Begegnungszentrums DAS TRÖSCH durch die Stadt für fünf Jahre mit einem Gesamtkreditrahmen von CHF 450'000

Der Ratspräsident: Für dieses Geschäft tritt GR Dufner in den Ausstand.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GR Brändli: Die GKS-Mitglieder und interessierte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte machten vor der GKS-Sitzung eine Begehung auf der Baustelle. Unter der kompetenten Führung der Geschwister Monika und Christof Roell konnten sich die Mitglieder von der Tiefgarage bis hinauf zur Dachterrasse ein Bild von den Gebäulichkeiten, unter anderem von den Raumverhältnissen wie auch von den integrierten Wohnungen etc. machen. In der anschliessenden Sitzung wurde uns zuerst der Werdegang dieses Projekts dargelegt. Die ersten Besprechungen der Grundeigentümer mit der Stadt fanden bereits 2013 statt und wurden seither fortwährend vertieft bis zum heutigen Tag weitergeführt. Man darf da sicherlich von einem sorgsam aufgegleisten Pilotprojekt einer öffentlich-privaten Partnerschaft sprechen. Die Partnerschaft regelt die vertragliche Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft. Ziel einer privat-öffentlichen Partnerschaft ist ja, dass die Arbeitsteilung geregelt ist, wobei der Privatpartner u.a. die Verantwortung für eine effiziente Erstellung mitsamt der Finanzierung und der Leistung, in diesem Fall das gesamte Gebäude inklusive dem Mobiliar übernimmt, während auf der anderen Seite die öffentliche Hand in Zusammenarbeit mit diversen Institutionen dafür Sorge trägt, dass die Ziele definiert, beachtet, gefördert und auch beim laufenden Prozess angepasst werden. Bei diesem Projekt kann man effektiv von ideal zusammengesetzten Vertragspartnern sprechen. Beidseitig in ihren spezifischen Bereichen ist in hohem Mass Erfahrung, Kompetenz und auch das nötige Netzwerk vorhanden. Ein weiterer wichtiger Partner in diesem Konstrukt, das wir da machen wollen, ist die Interessengemeinschaft. Ihr wird bei der Umsetzung und im Betrieb zukünftig eine hohe Verantwortung übertragen, aber auch auferlegt. In der Detailberatung der GKS wurden Nutzungs- und Betriebskonzept intensiv diskutiert, der Nutznießungsvertrag wurde geprüft und die Leistungsvereinbarung wurde durchgearbeitet. Sämtliche Bereiche machen auf dem geschriebenen Papier einen Sinn und sind übergreifend miteinander verknüpft. Klar wird es im laufenden Betrieb Anpassungen geben, aber wo findet das nicht statt? Keine Anpassungen bedeutet Stillstand und Stillstand bedeutet Rückschritt. Die Kommission ist der Meinung, dass wir dieser privat-öffentlichen Partnerschaft, die ja ein eigentliches Pilotprojekt ist, eine Chance geben sollten, und sie spricht sich einstimmig für diese Botschaft aus.

GR Brüllmann: GR Brändli hat es gesagt, anlässlich der letzten GKS-Sitzung hatten wir die Gelegenheit, uns vor Ort ein Bild zu machen. Das Gebäude ist eindrücklich, die Raumaufteilung ist sehr durchdacht und wird der Nutzung entsprechend vollständig eingerichtet. Es steht am richtigen Ort, nämlich fast im Zentrum des Boulevards. Die Geschwister Roell investieren eigene Mittel in dieses Sozialprojekt, wie sie es nennen, in dieses gemeinnützige Projekt. Wir sind dankbar für ihr Engagement, trotzdem sei an dieser Stelle erwähnt, dass die Investition von Roells eigentlich die Aufgabe der Stadt wäre, eigentlich die Aufgabe der öffentlichen Hand. Die Leitung des Begegnungszentrums liegt in der Hand des Departements Gesellschaft. Wir finden, es

ist eine sehr gute Lösung. Das Departement hat die notwendigen Ressourcen, auf der anderen Seite die notwendige Erfahrung, wie man es auch bei der Vermietung des Dreispitz sieht. TRÖSCH oder der neue Bären – wie auch immer – deckt bewiesenermassen die Bedürfnisse nach bezahlbaren Mieten ab. Die jährlichen Kosten von CHF 90'000 sind den Preis wert, wie wir meinen. Im Nutzungsvertrag steht unter Punkt 3, dass eine Nutzniessung auf unbefristete Dauer eingeräumt wird. Wir sind der Meinung, dass die Stadt ihr Engagement über den Termin vom 31. März 2022, das wäre der erste Ausstiegstermin, weiterführen sollte. Dies im Wissen, dass DAS TRÖSCH ein Erfolg sein wird und was ein Erfolg ist und so einen grossen Nutzen an der Bevölkerung von Kreuzlingen oder den Nutzniessern entgegenkommt, darf auch etwas kosten. Unsere Fraktion SP/Gewerkschaften/JUSO stimmt dieser Vorlage einstimmig zu.

GR Ricklin: Wer hätte gern eine Hüppe? Greift zu. Wenn man etwas angeboten bekommt, greift man gern zu. Wollen wir beim Angebot TRÖSCH ebenfalls zugreifen? Die SVP-Fraktion dankt SR Raggenbass, dass sie sich Zeit genommen hat, bei uns an der Fraktionssitzung Red und Antwort zu stehen. Wir hatten viele Fragen. Im Gegensatz zu meinem Angebot der Hüppen kostet uns das Angebot TRÖSCH für fünf Jahre CHF 450'000. Wir bekommen dafür ein fixfertig erstelltes Haus, das der Stadt zur Vermietung zur Verfügung gestellt wird. In dieses Haus haben Roells ca. CHF 7 Mio. inklusive Landkauf investiert. Und dieses Haus wollen sie uns einfach überlassen? Soviel Selbstlosigkeit macht ein bisschen misstrauisch. Was für uns eine gute Gelegenheit war, nämlich mitten in der Stadt ein Haus bzw. Land zu erwerben, heisst nicht zwangsläufig, dass es auch für die Stadt eine gute Gelegenheit ist. Man erstelle zwar Bedarfsanalysen, jedoch solche Umfragen müssen stets ein bisschen mit Vorsicht genossen werden. Denn mit einem Angebot werden meistens auch Begehrlichkeiten geweckt, wie man es gerade auch mit meinem Angebot sieht. Erstaunt und erfreut war ich über das bestehende Angebot an Räumlichkeiten, das wir haben. Man sieht das in der Beilage 2 der Botschaft. Ich denke, dass viele Leute und Vereine, die Raum suchen, froh wären um diese Liste. Ich werde diese Liste sicher bei mir ablegen und zu gegebener Gelegenheit wieder hervorholen und so die Gastronomie von Kreuzlingen unterstützen. Gemäss Interview vom August 2015 sollte laut Aussage von Monika Roell der Betrieb im TRÖSCH professionell von einer Person geleitet werden, die das gesellschaftliche Umfeld in Kreuzlingen gut kennt und Leidenschaft und Kompetenz mitbringt, damit ein solches Begegnungszentrum erfolgreich geführt werden kann. Kann das denn die Stadt noch? Wieso sind Roells nicht bereit, die CHF 90'000 pro Jahr für diese Aufgleisung selber aufzuwenden? In Anbetracht der Baukosten wäre das eine kleinere Investition. Roells möchten gern vom Know-how der Stadt profitieren, weil die Stadt über das notwendige Netzwerk verfügt. Das hat uns nicht wirklich überzeugt, denn die Stadt wäre ja sicher auch bereit, ihr Know-how und die Kontakte und Beziehungen auch so zur Verfügung zu stellen. Wer den Bau gesehen hat, hält ihn für geglückt. Der Saal bietet Platz für 100 bis 150 Personen. Trotzdem hat DAS TRÖSCH nur fünf Parkplätze im Untergeschoss und man verlässt sich ganz aufs bestehende Angebot im und ums Einkaufszentrum Karussell. Monika Roell erwartet gemäss dem schon erwähnten Interview ganz überwiegend Nutzerinnen und Nutzer, die mit dem ÖV oder zu Fuss oder mit dem Velo kommen werden. Ist das realistisch? Zum Schluss möchte ich in Erinnerung rufen, dass das Schiesser-Areal und die angrenzende Molkerei ebenfalls viel Platz bieten. Die Stadt Kreuzlingen hat das Schiesser-Areal sowie die Bodanstrasse 7 für CHF 2.1 Mio. im Jahr 2008 erworben. Mit der Idee der Stadt, dort einen Kulturcluster zu machen, wäre es jetzt sicher sinnvoll, die Synergien zu bündeln und statt den geweckten Begehrlichkeiten blind-

lings zu folgen, nochmals innezuhalten und zu überlegen, was wollten wir eigentlich damals, als man den Kauf tätigte und die Investition machte? Was braucht es denn hier noch an monetären und personellen Ressourcen, damit dort ein Betrieb entstehen kann? Einem geschenkten Gaul schaut man bekanntlich nicht ins Maul. Aber was, wenn es doch Zahnweh gibt? Das kann Ihnen übrigens auch mit dem Genuss der Hüppen passieren. Die SVP-Fraktion wird diese Botschaft mehrheitlich ablehnen.

GR Jäggi: Ich war auch an der Besichtigung des Rohbaus und ich war begeistert schon von dem, was ich im Rohbau gesehen habe und bin extrem gespannt darauf, was wir antreffen werden, wenn der Rohbau Anfang April 2017 ausgebaut ist. Was wir von der Familie Roell hier präsentiert bekommen, ist eine grossartige Sache. Ich bin der Meinung, mit dem, was wir hier bekommen werden, können wir uns glücklich schätzen, denn es gibt weitherum in der Gegend kein solches Haus, das die Idee so umsetzt, wie die Familie Roell es geplant hat. Räume für weltanschauliche Neutralität zur Verfügung zu stellen, das heisst weder konfessionell noch kulturell irgendwie in einer Form aufzustellen, finde ich, ist eine sehr gute Idee, die man unterstützen sollte. Die Idee, dass da drin feste Mieter sind, dass man aber auch sehr viele Räume zur Verfügung stellt, die man frei mieten kann, ist ein durchdachtes Konzept, welches zur Lösung beitragen wird, dass wir kulturell leben und auch Lebendigkeit hineinbringen, was in der Anfangsphase von der Stadt Kreuzlingen mit diesen CHF 450'000 sicher unterstützt werden muss. Dass die CHF 450'000 sicher gut angelegtes Geld sind, ist sicher ein Beweis dafür, dass man damals, als das Bärenzentrum noch vorhanden war, wesentlich mehr Geld pro Jahr aufwerfen musste und innerhalb von fünf Jahren wesentlich mehr Geld ausgeben musste für ein ähnliches Konzept. Die Trägerschaft in Form der IG hat sich aus 25 Personen zusammengesetzt, die ebenfalls an der Konzeptionierung mittragen. Zusammen mit der Stadt haben sie nun Zeit, für fünf Jahre eine seriöse Trägerschaft aufzubauen, die das Haus halten und führen kann und die Ideen, die darin zum Leben erweckt werden sollen, auch später aufrechterhalten können. Der Sinn soll sein, dass daraus nachher eine professionelle Führung entstehen wird analog dem Museumskonzept, das sehr gute und breite Fläche bietet, die natürlich auch für Freiwillige eine Basis bieten soll, mit zu unterstützen. Die Fraktion FDP/EVP steht mehrheitlich mit 7 Ja zu 3 Enthaltungen zu diesem Projekt und wir freuen uns, wenn das Projekt so durchkommen würde.

GR Häberlin: Wir haben auch gesagt, eigentlich schaut man einem geschenkten Gaul ja nicht ins Maul. Aber das geht natürlich nicht in diesem speziellen Fall. Also haben wir von der Freien Liste dem Gaul oder besser dem Rennpferd tief in den Rachen geschaut und den Haken gesucht. Aber wir haben beim besten Willen nichts gefunden. Die Verträge, die Vereinbarungen, die Rahmenbedingungen, das gesamte Controlling wurde aufs Sorgfältigste erarbeitet. Immer zusammen mit der Spenderfamilie. Theoretisch kann eigentlich nichts schiefgehen, weil wir ja die Verantwortung selber übernehmen, sei es finanziell, sei es personell. Jetzt haben wir es in der Hand und sind gefordert, dass der Laden, dass DAS TRÖSCH zum Laufen kommt. Der Bedarf ist nachgewiesen. Jetzt muss man nur noch zupacken. Die Chance ist einmalig. Ich möchte ja eigentlich niemanden an den amerikanischen Wahlkampf erinnern, aber ich möchte euch doch zurufen, auch im Namen der Freien: Let's do it!

GR Raschle: Die Stadt Kreuzlingen erhält ein Geschenk. Monika und Christof Roell schenken uns ein Haus zum Brauchen. Für dieses Geschenk möchten wir uns zuerst einmal herzlich bedanken. Die Details, Fakten und Zahlen wurden uns durch den Kommissionspräsidenten und meine Vorredner bereits erklärt. Für mich ist dieses

Geschenk symbolisch vergleichbar mit einem Baum. Monika und Christof Roell pflanzen einen Baum. Es ist kein Bäumchen, sondern ein richtig grosser, mächtiger Baum. Vielleicht stand der Baum vorher im Bären. Sie pflanzen den Baum in Kreuzlingen an bester Lage. Sie haben den Baum sorgfältig ausgesucht und sie haben ihn so gepflanzt, dass er genau an seinen neuen Standort passt. Jetzt steht der Baum am neuen Standort. Noch nicht verwurzelt, noch braucht er Stützen, Verstrebungen, dass er anwachsen und Wurzeln schlagen kann. Mit dem Kreditrahmen von 5 Mal CHF 90'000 oder gesamthaft CHF 450'000 helfen wir unserem Baum, dem Begegnungszentrum DAS TRÖSCH anwachsen und Wurzeln schlagen. Wenn wir dem Baum am Anfang nicht die nötige Stütze geben, wird er vielleicht nie richtig anwachsen. Wir hoffen, dass das soziale Projekt der Geschwister Roell nach fünf Jahren gut verwurzelt und selbstständig stehen und bestehen kann. Jeder Baum braucht Pflege und wird auch nach fünf Jahren noch etwas Pflege brauchen. Wir hoffen, dass nach fünf Jahren die grossen Stützen und Verstrebungen nicht mehr nötig sind, dass es genügt, wenn der Gärtner den Baum begleitet und ihn im Schnitt hält, damit auch für die anderen Bäume, die wir in der Stadt noch haben, der nötige Unterhalt und die nötige Unterstützung gewährleistet bleibt. Unsere Fraktion hat sich einstimmig für die Unterstützung dieser Vorlage und den Antrag ausgesprochen. Die Fraktion CVP wünscht dem Projekt eine optimale Startphase und viel Unterstützung und Wertschätzung der Benutzer.

Vize-STP Raggenbass: Bevor wir ins Geschäft eintreten, würde ich gern auf das Votum von GR Ricklin eingehen, denn es beschäftigt mich sehr. Ich war bei euch und habe gehofft, dass ich die Hintergründe aufzeigen kann, warum wir gern mithelfen würden, das aufzubauen. Es ist kein Geschenk, es ist eine Chance. Die bestehenden Angebote, auf die Sie hingewiesen haben, sind wertvoll und wichtig und es soll in keinsten Weise eine Konkurrenz, sondern eine Ergänzung der Angebote werden. Keines dieser Angebote hat die Vielfalt an Möglichkeiten, diese Räume in der Kombination an einem zentralen Ort zu nutzen. Das ist die Einmaligkeit vom TRÖSCH. Das Kulturzentrum haben Sie erwähnt, ich verstehe, dass man das verwechseln oder vermischen kann. Es ist ein ganz anderer Nutzen, ein ganz anderer Betrieb gedacht. Es ist richtig, dass man es gekauft hat, damit Kulturveranstaltungen dort stattfinden können. Aber dort kann man nicht einzelne Räume für einen Kindergeburtstag oder etwas nutzen, was Private oder Vereine gern durchführen würden. DAS TRÖSCH hingegen kann genau die Räume, die man sucht, im Moment aber nur schwer finden oder nicht bezahlen kann oder nicht am richtigen Ort sind, mit dieser Vielfältigkeit erfüllen und vor allem auch mit diesen verschiedenen optionalen Vergrösserungs- und Verkleinerungsmöglichkeiten dieser Räume. Warum führen wir es? Wir haben die Verbindung zu allen Vereinen, die immer wieder solche Räume suchen, regelmässig, sporadisch oder auch fest. Und wir haben auch das nötige Know-how, wie man einen Betrieb führt und wie man die Vermietung und die Nutzung macht. Wir machen das seit zehn Jahren mit dem Dreispitz und anderen Liegenschaften. Das rechtfertigt, dass wir das von der Stadt aus gern betreiben und aufbauen helfen möchten. In diesen fünf Jahren werden wir das erreichen. Wie die Trägerschaft entwickelt wird, werden wir auch wieder mit euch absprechen, aber die Chance, dass die Stadt so etwas erhält, das erreichen zu können, was fehlt, ist einmalig.

GR Knöpfli: Wir haben einige Sachen gehört, auf die ich gern zurückkommen möchte. Wir haben gehört, dass man in Kreuzlingen ganz viele andere Räume zusätzlich zur Verfügung hat. Das ist sicher richtig. Ich glaube aber, als es den Bären noch gab, hatten wir nicht weniger zusätzliche Lokalitäten, die man buchen konnte, und trotz-

dem wird der Bären vermisst, seit es ihn nicht mehr gibt. Ob das Schiesser-Areal, das ganz sicher irgendwann im Jahr XY fertig ist und, wie wir gerade gehört haben, sowieso einen anderen Zweck haben wird, überhaupt kommt und bewilligt wird, steht noch in einem ganz anderen Buch. Sollen wir jetzt unsere Bürgerinnen und Bürger noch länger auf einen neuen Bären verträsten oder sollen wir bei dieser Chance nicht zugreifen, die wir jetzt angeboten erhalten haben? Wieso macht es nicht eine private Trägerschaft? Eines der Hauptargumente ist die werteneutrale Belegung und vor allem die faire Zuteilung. Für mich ist es klar, dass eine faire Verteilung von Mietern für einen Privaten viel schwieriger ist als für eine Stadt, wo das Departement Gesellschaft schon zehn Jahre lang beweist, dass sie das können. Daher würde ich eine Ablehnung dieses Geschenks fast schon als arrogant anschauen.

GR Portmann: Dass eine Familie namens Roell uns ein Geschenk machen will, finde ich eigentlich sehr gut. Es steht mitten in Kreuzlingen, es soll eine Begegnungszone werden. Das braucht Kreuzlingen, das sage ich auch. Wenn man das wirtschaftlich betreiben will, und darauf soll es hinauslaufen, habe ich ein kleines Fragezeichen. Vielleicht gelingt es, dass ich auch noch ja stimme und mich nicht enthalten muss, wenn SR Raggenbass mir das erklärt. Wir haben Tarife für regelmässige und sporadische Vermietung für Vereine, wir nennen das Kreuzlinger Vereine und gemeinnützige Organisationen. Die bekommen einen Rabatt von 75 Prozent, wenn ich das richtig herauslese. Wir haben eine Tarifstruktur für auswärtige Vereine und gemeinnützige Organisationen. Die Auswärtigen erhalten 50 Prozent Reduktion. Privatpersonen mit Wohnsitz in Kreuzlingen erhalten 25 Prozent Reduktion und externe Privatpersonen und Veranstaltungen mit Eintritt bezahlen den vollen Preis. Meine Frage: Nun möchte ein Verein aus Kreuzlingen den Raum für 120 Personen mieten und auf der Gegenseite haben wir für den gleichen Tag eine Anfrage, wo steht externe Privatperson und Veranstaltung mit Eintritt. Dann hat man einen Raum für Vereine geschaffen, der auch von Vereinen genutzt werden soll, aber man sieht, der Kreuzlinger Verein schaut in die Röhre. So verstehe ich das aus der ganzen Struktur. Das bedrückt mich ein bisschen und hat mich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht definitiv entscheiden lassen, wie ich mich schlussendlich entscheiden werde.

Vize-STP Raggenbass: Wir mussten diese Erfahrungen schon einige Male leidvoll am Dreispitz machen. Es ist so: Wer zuerst kommt, malt zuerst. Das Problem werden wir sicher nie ganz lösen können. Daher sind alle Vereine angehalten, sich rechtzeitig und frühzeitig zu melden, wenn sie die Räume mieten wollen. Am Anfang sagte man noch, es solle durch die Mischnutzung und Mischfinanzierung selbsttragend werden. Mit dem Ziel, dass wir für Kreuzlinger, für Private, für Vereine, die kein Vereinslokal haben, günstig Räume bieten können, wird das nie selbsttragend werden können. Das ist auch nicht das Ziel. Sondern man will den Vereinen, die keine eigene Infrastruktur haben, was wir übrigens bei sehr vielen Vereinen mit Mietermässigungen machen, Räume zur Verfügung stellen können. Sie machen eine gute Arbeit und für die Kreuzlinger Gesellschaft ist es unabdingbar wichtig, dass solche Sachen veranstaltet werden können. Mit anderen Worten: Wir werden natürlich versuchen, Vereinen den Vorzug zu geben, aber wir können es nicht verhindern, dass so Konflikte entstehen können. Ich würde Ihnen etwas vormachen, wenn ich das versprechen würde. Vorrang haben aber immer Vereine und Kreuzlinger.

Materielle Beratung

Die Botschaft wird seitenweise durchberaten.

S. 9 6.1 Nutzniessungsvertrag

GR Knöpfli: Ich habe noch eine Frage bzw. eine Pendeuz aus der Kommissionssitzung, möchte aber betonen, dass diese Frage keinesfalls ein Misstrauensvotum ist gegen die Familie Roell oder gegen die Anwälte der Familie Roell. Hat der städtische Rechtsanwalt den Nutzniessungsvertrag auch noch angeschaut und was sind allfällige Erkenntnisse daraus?

Vize-STP Raggenbass: Besten Dank für den Hinweis, ich hätte das vorhin erwähnen müssen. Wir haben das beim städtischen Juristen einer juristischen Vorprüfung unterzogen. Beim Punkt Mehrheitsverhältnisse, die jetzt in der Betriebskommission erwähnt und aufgezählt sind, werden wir absprechen müssen, damit wir auf jeden Fall eine städtische Mehrheit haben. Die anderen Punkte sind marginal. Wir werden aber, wenn wir weitermachen dürfen, den Vertrag auf jeden Fall noch einmal eingehend prüfen lassen und mit der Familie Roell absprechen.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Abstimmung: Dem Kreditbegehren zur Führung des Begegnungszentrums DAS TRÖSCH durch die Stadt für fünf Jahre mit einem Gesamtkreditrahmen von CHF 450'000 wird **mit 28 Ja-Stimmen** gegen 5 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen **zugestimmt**.

Verschiedenes

8. Schriftliche Anfragen

Der Ratspräsident: Folgende schriftliche Anfragen wurden eingereicht und werden an den Stadtrat überwiesen: Von der Fraktion SP/GEW/JUSO: „Kreuzlingen kinderfreundlich“; von den Gemeinderäten Osman Dogru und Christian Winterhalter: „30er-Zone in Kreuzlingen“; von der FL/RB: „Smart Meter“

8.1 Nächste Sitzung

Der Ratspräsident: Die Sitzung vom 15. Dezember 2016 beginnt um 18.30 Uhr. Wir werden im Seemuseum ein Foto für den Jahresbericht 2016 machen. Wer sich noch nicht an- oder abgemeldet hat, möge das bitte noch machen.

8.2 Beteiligung Swisspower Energy

SR Beringer: Ich möchte eine Information der Technischen Betriebe Kreuzlingen an euch richten. Es geht um die Swisspower Energy AG, an der wir beteiligt sind. Die Swisspower Energy AG hat Anfang 2015 eine Wachstumsstrategie gefahren. Vor einem Jahr hat der Gemeinderat einer Botschaft zugestimmt, wo es um Garantieleistungen ging. Für die vollumfängliche Umsetzung dieser Wachstumsstrategie der Firma Swisspower Energy AG reichten die Zusagen der Aktionäre nicht aus, sodass das Unternehmen Ende 4. Quartal 2015 den Entschluss fasste, die Teilbereiche Energie-

handel und Energielogistik auszulagern. Dies wurde im Sommer 2016 umgesetzt. Die gesprochenen Garantien, welche von anderen Aktionären gesprochen worden waren, wurden wieder zurückbezahlt. Die TBK stellten vor diesem Hintergrund natürlich keinen Antrag an den Stadtrat für die Erteilung einer Garantie. Die Geschäftsleitung der Technischen Betriebe hat hiermit vorsichtig und offensichtlich im Sinn des Gemeinderats gehandelt. Weitere Informationen werden wir, nachdem die letzte Sitzung der WBU nicht zustande kam, an der WBU-Sitzung vom 29. November abgeben können.

GR Salzmann: Am 10. Dezember 2015 beantragte der Stadtrat im Gemeinderat, die Übernahme einer Garantie bis zu CHF 1 Mio. zur Stärkung der Kapitalkraft der Swisspower Energy AG zu genehmigen. Einer Gesellschaft, der wir bis heute mit einem kleinen Aktienanteil als Kunde verbunden sind. Nun erfahren wir, dass die damals vollmundig angekündigte Strategie dieser Firma nicht aufgegangen ist. Da sage ich nur: Wen wundert's? Mich wundert das nicht. Ich habe mich schon vor einem Jahr sehr leidenschaftlich dafür engagiert, keine Garantien abzugeben. Offensichtlich haben andere Gemeinden gemerkt, dass das Ganze nicht aufgeht, und haben es vorgezogen, keine Garantien anzubieten. Die Quintessenz hat sich bis heute für uns nicht geändert. Wir sind immer noch Kunde dieser Firma, auch ohne Garantie. Ich bedanke mich hiermit bei allen Gemeinden, welche clever gemerkt haben, dass ihnen diese Garantie nichts nützt, sondern allenfalls nur schadet und nicht auf dieses Geschäft eingestiegen sind. Es ist ein guter Tag für all diese Gemeinden und dank dieser Gemeinden ein guter Tag für unsere Stadt Kreuzlingen.

8.3 Ausreisezentrum

GR Hummel: In der Presse konnte man lesen, dass der Bund die Empfangsstelle Kreuzlingen in ein Ausreisezentrum umwandeln und um 30 Plätze erweitern will. Zurzeit werden Vereinbarungen erarbeitet, die in Zusammenarbeit mit dem Kanton und mit den betroffenen Gemeinden breit abgestützt diskutiert werden. Haben wir hierzu überhaupt etwas zu sagen? Im Ausreisezentrum sind Asylsuchende, die auf die Abschiebung warten und die gehören vermutlich nicht zu den glücklichsten Menschen und könnten dementsprechend teilweise eventuell nicht unproblematisch sein. Wie konnte sich die Stadt da wehren bzw. einbringen in Bezug auf Sicherheit und wie ist der Stand?

STP Netze: Das ist nichts Neues. Ich habe im Gemeinderat darüber auch schon informiert. Es ist schon mehr als ein Jahr her, seit der Bund (Staatssekretariat für Migration SEM) im Rahmen der neuen Strategie in der Ostschweiz einerseits ein Ausreisezentrum, andererseits ein Verfahrenszentrum braucht. Auch wie das Modell aussehen soll, wurde bereits vor einem Jahr in der Presse publiziert. In Altstätten soll ein Verfahrenszentrum für 600 Personen gebaut werden, in Kreuzlingen ist ein Ausreisezentrum vorgesehen. Wir haben uns mit dem Kanton darauf eingelassen und haben gesagt, so eine Konstruktion ist denkbar, aber es müssen gewisse Rahmenbedingungen erfüllt sein. Dies konnten wir in einer Absichtserklärung festhalten. Der zentrale Punkt ist selbstverständlich die Sicherheit. Zusätzlich haben wir zusammen mit der Agathu (Arbeitsgruppe für Asylsuchende Thurgau) bei den zuständigen Bundesräten deponiert, dass wir darum bitten, wenn möglich ein gemischtes Zentrum zu machen. Also nicht einseitig mit solchen, die ausreisen müssen, sondern falls das Konzept so flexibel ist, dass man sagen kann, wir haben, wie es heute schon allerdings mit kleinerem Anteil der Fall ist, beides, also auch zukünftig immer noch einen Teil Verfahren. Das ist daher schwierig, weil es Kosten erzeugt. Wenn man die Verfahrensinfrastruktur,

insbesondere das Personal an einem Ort konzentrieren kann, ist das bedeutend günstiger, als wenn man es in Altstätten und Kreuzlingen machen muss. Die Kosten sprechen also dagegen, hingegen wurde uns zugesichert und der Kanton steht da auf unserer Seite, dass man, wenn es überhaupt so weit kommt, was frühestens in fünf Jahren der Fall und bis heute noch nicht definitiv beschlossen ist, ein Sicherheitskonzept erarbeiten wird, welches auf jenem aufbaut, welches wir heute schon haben und der neuen Situation Rechnung trägt. Im Moment ruht das Ganze allerdings wieder, weil es vor allem in Altstätten ansteht. Dort wollen sie für 600 Personen bauen und das ist für eine kleinere Gemeinde als Kreuzlingen gewöhnungsbedürftig. Wir können mit dieser Situation heute leben, wir haben teilweise schon so viele, aber es ist eine andere Klientel. Wie gesagt haben wir heute schon einen Teil, die einen negativen Bescheid haben. Aber wenn es nur noch solche hat, ist es richtig, muss man der Sicherheit ein besonderes Augenmerk geben. Wenn wir konkret wissen, was kommt, werde ich selbstverständlich informieren.

8.4 10 Jahre Dreispitz

Der Ratspräsident: 10 Jahre Dreispitz: Ich möchte mich im Namen des Gemeinderats ganz herzlich bei Vize-STP Raggenbass vom Departement Gesellschaft und René Zweifel von der Schule Kreuzlingen bedanken. Viele Vereine haben mitgearbeitet. Ich nenne die Vereine nicht, denn wenn ich einen vergesse, komme ich dran. Es war ein schönes Fest und dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

8.5 Landgeschäft / Adventsbeleuchtung

STP Netze: Ich habe zwei Informationen: Zum einen ein Landgeschäft, welches gleichzeitig eine Wirtschaftsförderungsmassnahme ist und das Gewerbe bei seiner Entwicklung unterstützt. Wir haben im Bereich Chalchtooren die Firma Traub KCB AG, die von uns schon einmal einen Streifen Land bekommen hat, um ihr Areal zu erweitern. Die Firma hat sehr viel investiert in neue, grössere Maschinen. Nun besteht die Aussicht, dass sie weitere Kunden erhält, weil ein Konkurrent eingegangen ist. Daher ist die Firma am Expandieren und benötigt weiteres Land, insbesondere eine Zufahrt im Norden der Parzelle. Unter dem Strich geht es darum, dass die Stadt nach dem Verkauf von 739 Quadratmetern 2013 nun parallel dazu nochmals ein Stück Land von 718 Quadratmetern an die Firma abgibt, damit die neue Anlage von aussen bedient werden kann. Wir haben der Firma Traub bzw. deren Nachfolgesellschaft die Zusage gegeben, damit die Expansion vorgenommen werden kann. Auf diesem Land haben wir ein unlimitiertes Vorkaufsrecht. Sollte dort irgendetwas passieren, haben wir den Finger drauf und könnten es allenfalls wieder zurücknehmen. Aber im Moment fördern wir damit die Entwicklung dieses Unternehmens, welches in Kreuzlingen etabliert ist und 20 bis 30 Arbeitsplätze bietet. Gern möchte ich auf eine Publikation „Kommunikation unter den Thurgauer Gemeinden“ des VTG hinweisen. Die Titelgeschichte ist die Adventsbeleuchtung von Kreuzlingen. Das ist eine hervorragende Sache. Christof Roell hat für uns die Adventsbeleuchtung modular designt. Wir sind daran, das jetzt zu entwickeln. Momentan werden am Bärenkreisel Löcher für die Weihnachtsbeleuchtung gegraben, das wurde hier aufgegriffen, weil das Ganze ja ein System ist. Der Boulevard mit den drei Elementen plus die Kreiselbeleuchtung ist in diesem Heft beschrieben. Man findet es aber auch im Internet unter www.vtg.ch. Da wird aufgezeigt, dass wir da etwas Hervorragendes in Kreuzlingen haben, was weit herum Furore machen wird. Es ist eine moderne Adventsbeleuchtung, wie es sie sonst nirgends gibt.

8.6 Neuvergabe der amtlichen Mitteilungen

GR Winterhalter: Wir von der SP haben dem Stadtschreiber ein Mail geschickt. Wir möchten betreffend der Neuvergabe der amtlichen Mitteilungen gern wissen, was der Stand ist und wie der Zeitrahmen des Vergabeprozesses aussieht.

STP Netzle: Ich verzichte darauf, die ganze Historie wiederzugeben. Die konkrete Phase der Ausschreibung hat begonnen. Am 7. Juli haben sich die Kreuzlinger Nachrichten als amtliches Publikationsorgan beworben. Seit 2002 hat der private Verlag Kreuzlinger Zeitung von der Stadt den Auftrag für das amtliche Publikationsorgan. Das beinhaltet seit 2008 eine Seite der Stadt, vorher waren es Inserate, die verteilt waren, jetzt ist es eine Seite. Am Anfang kostete es CHF 40'000, dies wurde vor einigen Jahren auf CHF 64'000 inkl. Mehrwertsteuer erhöht, weil von der Post keine Subvention mehr erfolgte. Es traf eine Bewerbung eines anderen Verlags ein, dabei handelt es sich ebenfalls um einen Gratisanzeiger, welcher in Kreuzlingen verteilt wird. Aus Fairnessgründen und weil der Vertrag per Ende 2016 ausläuft, ist die Situation da, dass man das jetzt neu ausschreibt. So gibt man allen Verlagen, die in Kreuzlingen ihre Publikationen verbreiten, die Möglichkeit, sich zu bewerben. Nach einem Kriterienkatalog, auf den ich gleich noch eingehen werde, werden die Bewerbungen beurteilt. Sollte es für Kreuzlingen vorteilhaft sein, wird es Änderungen geben. Wir haben im Stadtrat beschlossen, das Ausschreibungsverfahren zu machen. Mit einem Einladungsverfahren geben wir den drei für uns in Frage kommenden Verlagen die Möglichkeit, sich zu bewerben. Wir haben einen Kriterienkatalog erarbeitet, um sauber nach einer Nutzwertanalyse beurteilen zu können, welches die Vorteile, Stärken und Schwächen der einzelnen Bewerber sind. Nach einem Punktesystem wird entschieden, wer am Schluss den Auftrag erhält. Wir haben der Kreuzlinger Zeitung mitgeteilt, dass wir den Vertrag nicht sofort verlängern, sondern erst die Ausschreibung abwarten und schauen, was daraus hervorgeht. Die Ausschreibung erfolgte am 4. Oktober. Das heisst, man hat die drei Verlage eingeladen, zu ganz bestimmten Fragen Antwort zu geben. Diese Antworten sind bereits eingegangen. Daraufhin bestimmte man eine Jury und stellte den Jurymitgliedern die Dossiers zur Vorbereitung zu. In einer Woche findet die Sitzung statt, wo die Jury die drei Bewerbungen beurteilt. Dabei werden die einzelnen Elemente mit einer Punktgewichtung bewertet. Der neue Vertrag wird dann ab 2017 laufen. In der Jury sind folgende Personen: Intern: Stadtschreiber, Verantwortliche für Kommunikation und Stadtmarketing sowie der Stadtpräsident. Extern: Sabine Ruf, Hanns Wipf, Fabian Neuweiler und Jürgen Michael. Diese sieben Personen beurteilen die Produkte gemäss der Nutzwertanalyse. Die Kriterien, die wir anwenden, sind folgende: Es geht darum, wie verbreitet die Publikationen in Kreuzlingen sind (Reichweite/Online-Klicks), Layout/Erscheinungsbild/Format, das Verhältnis lokale Inserate zu regionalen oder internationalen Inseraten, die lokale Verankerung, wo gedruckt wird, wo die Mitarbeitenden sind, wo der Firmensitz ist, lokale Berichterstattung quantitativ und qualitativ. Produktion der Seite der Stadt: Anteil Aufwand Stadt/Verlag, Support und Preis. All das wird mit Punkten bewertet, was zu einem Resultat führt. Der Entscheid liegt letztlich beim Stadtrat.

8.7 Namensänderung DAS TRÖSCH / GR-Abo / Jodtabletten

GR Forster: Ich glaube, ich kann nie eine Offerte für ein Dach eingeben wegen CHF 60'000, wenn dann so ein Zirkus läuft. Ich möchte noch einmal auf DAS TRÖSCH

zurückkommen. Für mich war es ein schöner, interessanter Gedanke, den die Geschwister Roell mit dem Stadtrat in die Runde geworfen haben. Ich denke, der Ersatz des Bären ist eigentlich jetzt gegeben. Was mich persönlich aber doch von Anfang an gestört hat, ich habe es hier drin auch schon gesagt, ist der Name DAS TRÖSCH. Es handelt sich beim Altbau ja nicht um ein Gebäude, welches vor zig Jahren zum Beispiel ein berühmter Zeitgenosse dort erstellt hat wie zum Beispiel beim Sallmannschen Haus oder so. Sonst hätte man es wahrscheinlich ja auch nicht abreißen können. Der Name des Vorbesitzers wurde in Absprache übernommen, wie mir Frau Roell sagte. Ich bin der Meinung, man müsste dazu nicht diesem Mann ein Denkmal setzen oder es als Denkmal kreieren. Die Stadt hat meines Wissens, andere Leute wissen das, zum Beispiel bei Planung und Bau des Boulevards verschiedentlich mit Herrn Trösch nicht nur gute Erfahrungen gemacht. Das denke ich, schleckt keine Geiss weg. Und jetzt ist es dann ein Denkmal. Das ist nur mein Gedanke. Ich würde da gern eine andere Namensvariante sehen. Sakrosankt ist DAS TRÖSCH übrigens auch laut Frau Roell nicht. Ein erstes Angebot erlaube ich mir gleich selber. DAS ALLERLEI. Nochmals: Eine schöne Sache für Kreuzlingen wurde hier aufgegleist und mit einem anderen Namen wäre es für mich schon beinahe perfekt. Diesen Gedanken werfe ich als Anregung hier in die Runde, jetzt wo die Botschaft angenommen wurde. Vielleicht kann man ja noch zuwarten, bevor man das Haus mit grossen Lettern anschreibt. GR Brändli hat für ehemalige Präsidenten und Präsidentinnen einen Anlass organisiert. Vielen Dank, das sage ich hier offiziell. Wir haben Museen angeschaut und hatten ein grosses Buffet. Dort habe ich aber etwas erfahren. Das sind engagierte Leute. Es hatte welche dabei, die ich nicht einmal kannte. Man schickt ihnen die Gemeinderatsunterlagen, wenn sie das wünschen. Aber sie müssen CHF 50 bezahlen. Das hat mich schwer gestört. Ich stelle keinen Antrag, aber wenn ihr nächstes Mal die Rechnungen verschickt, könnt ihr sie auch gleich zerreißen. Ich finde, man sollte von diesen Leuten nicht noch CHF 50 verlangen. Dann etwas wahrscheinlich an den Ordnungsdienst passend zur Atomausstiegsinitiative: Wo sind in Kreuzlingen die sogenannten Jodtabletten? Wer verteilt diese? Wo sind sie? Das würde mich interessieren.

8.8 Unterflurcontainer

GR Schläpfer: Wir haben in Kreuzlingen ja unsere Sammelstellen am blauen Punkt mit den weissen Kehrichtsäcken. Das sieht immer sehr schön aus. Teilweise sind sie auch zerrissen, weil Tiere dahinter gehen, weil die Leute die Säcke viel zu früh hinstellen. Mir fällt auf, dass viele Gemeinden laufend mehr Unterflurkehrichtcontainer aufstellen. Mich interessiert, wie der Zeitplan in Kreuzlingen ist für die Unterflurcontainer.

SR Zülle: Wir sind in Kreuzlingen laufend daran, Unterflurcontainer zu bauen. Wenn ich die Frage früher gewusst hätte, hätte ich alle Unterlagen mitgebracht. Wir haben gewisse Kriterien, eines davon ist zum Beispiel ein 100-Meter-Radius. Es geht darum, dass man mit Säcken nicht weiter als 100 Meter laufen muss. Die KVA sagt 300 Meter, wir finden das zu weit. Es gibt ältere und gehbehinderte Leute, für die das zu weit ist. Und wir wollen auch nicht, dass man am Schluss die Säcke mit dem Auto herumkarrt. Wir sind daran, das Netz aufzubauen. Das macht Stefan Braun. Wir schauen überall, wo wir Unterflurcontainer machen können. Dann gibt es noch die Container, die oben stehen. Die sind auch nicht vom Tisch. Auch die wird es noch geben. Langfristig sollen die blauen Punkte verschwinden. Dann gibt es Ober- und Unterflurcontainer. Man muss schauen, wie das Netz aufgebaut ist, damit niemand zu weit laufen

muss, dass man immer genügend Wohnungen bedient usw. Das ist eine riesige Arbeit, die Stefan Braun bewältigt. Ich kann gern einmal in einer WBU-Sitzung darüber berichten.

Der Ratspräsident schliesst die Sitzung um 22.00 Uhr.

Beilagen

1. Tischvorlage zu Traktandum 5, Investitionen
2. Schriftliche Anfrage von der Fraktion SP/GEW/JUSO: „Kreuzlingen kinderfreundlich“
3. Schriftliche Anfrage von den Gemeinderäten Osman Dogru und Christian Winterhalter: „30er-Zone in Kreuzlingen“;
4. Schriftliche Anfrage von der FL/RB: „Smart Meter“

Geht an

- Mitglieder des Gemeinderats
- Adressaten gemäss besonderem Verteiler

Für die Richtigkeit:

Der Gemeinderatspräsident

Der Sekretär

Der Vizepräsident

Der Stimmzähler

(Beträge in CHF)		Gesamtprojekt Kredite bewilligt bis 2016	Restkredit bis Ende 2015	Restkredit bis Ende 2016	Budgetkredit 2017	Mittelsatz bis Ende 2016	im Jahr 2016	vorgesehen im Jahr 2017
ERDGAS		1'810'000	108'352	73'352	1'750'000	1'636'648	1'035'000	1'220'000
250100	Gasleitungsnetz (Kredit jährl.)	1'000'000	-	-	900'000	900'000	900'000	1'000'000
250300	Druckreduzierstationen, Regler- und Messanlagen	360'000	87'600	7'600	150'000	352'400	80'000	70'000
250310	Einkauf und Installation von Zählern	300'000	9'864	59'864	500'000	240'136	50'000	150'000
250430	Ausbau Erdgastankstelle Ost	150'000	10'888	5'888	-	144'112	5'000	-
250440	2. Einspeisung (evtl.)	-	-	-	-	-	-	-
WASSER		6'525'000	706'195	3'586'195	1'765'000	2'938'805	1'155'000	3'265'000
350100	Wasserleitungsnetz (Kredit jährl.)	950'000	-	-	950'000	950'000	950'000	950'000
350150	Wasserverbund Thurtal-Bodensee	2'500'000	561'853	741'853	300'000	1'758'147	120'000	130'000
350160	Einkauf und Installation von Zählern	250'000	104'342	104'342	300'000	145'658	-	200'000
350611	Springbrunnen Beleuchtung	40'000	40'000	40'000	-	-	-	-
350613	Sanierung Reservoir Möösil	2'800'000	-	2'700'000	-	100'000	100'000	2'000'000
361000	Anschlussgebühren	-15'000	-	-	-	-15'000	-15'000	-15'000
DIENSTLEISTUNGEN		2'370'000	1'251'519	1'251'519	-	1'118'481	-	-
450450	Contracting Projekte	2'370'000	1'251'519	1'251'519	-	1'118'481	-	-
ZENTRALE DIENSTE		6'830'000	1'389'143	2'689'144	300'000	4'140'856	650'000	4'410'000
550100	Anschaffungen Fahrzeuge GU	1'770'000	255'236	855'236	-	914'764	150'000	300'000
550615	EDV Ergänzungen ERP	200'000	-	120'000	-	80'000	80'000	120'000
550655	Konzeptplanung Lager-/Einstellhalle, Werkhof West & Ost Nationalstrasse 27 und 28	-	-	-	100'000	-	-	200'000
550657	Kauf Liegenschaft Spiegel für Lager-/Einstellhalle Werkhof West Nationalstrasse 28, Abriss Büro, Brandschutz, Zugang *1)	-	-	-	3'000'000	-	-	3'600'000
550660	Lfd. Umbauten Gebäude Nationalstrasse 27	2'280'000	3'431	443'431	-	18'16'569	60'000	100'000
550680	Netzinformationssystem NIS	1'300'000	25'077	225'077	-	107'4'923	300'000	20'000
550690	Betriebsfunk	200'000	200'000	140'000	-	60'000	60'000	70'000
550715	Beteiligung regionale Energieerzeugung	800'000	605'400	605'400	-	194'600	-	-
550730	Beteiligung Trianel Suisse AG	300'000	300'000	300'000	-	-	-	-
TOTAL PROJEKTE ALLE SPARTEN		42'275'000	17'161'071	22'845'073	6'830'000	19'349'927	7'101'000	14'220'000

*1) Volksabstimmung

Kreuzlingen, 10. November 2016

Schriftliche Anfrage an den Stadtrat Kreuzlingen

Kinderfreundliche Gemeinde

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte

Die Kantone und Gemeinden müssen in der Schweiz, in Bezug auf die UN-Kinderrechtskonventionen, eine grosse Verantwortung bei der Umsetzung der Kinderrechte übernehmen. Zugang zur Schule, Partizipation, Gesundheitsvorsorge, Schutz vor Gewalt und Missbrauch etc. müssen durch entsprechende nationale und kantonale Gesetze geregelt werden. Die Umsetzung dieser Ziele und Programme unterliegt aber in den meisten Fällen den kommunalen Behörden. So sind die grössten Auswirkungen der Programme zur Verbesserung der Lebenssituation von Kindern gerade in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld zu finden – der Gemeinde.

UNICEF Schweiz erarbeitete mit Expertinnen und Experten im Jahre 2004 einen umfassenden Fragebogen, um die Kinderfreundlichkeit in der eigenen Gemeinde zu ermitteln. Dabei werden die Bereiche Verwaltung und Politik, Schule, familienergänzende Betreuung, Kinder- und Jugendschutz, Gesundheit, Freizeit und Wohnumfeld näher betrachtet. Nach dieser Standortbestimmung, wie beispielsweise in Frauenfeld und Arbon, können die Gemeinden entscheiden, ob sie sich um die Auszeichnung „Kinderfreundliche Gemeinde“, bewerben möchten.

Gerne möchte ich den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen bitten:

1. Ist dem Stadtrat die Auszeichnung „Kinderfreundliche Gemeinde“ bekannt?
2. Ist der Stadtrat der Meinung, dass eine solche Auszeichnung die Attraktivität, beispielsweise für Familien, in Kreuzlingen steigern könnte?
3. Ist der Stadtrat bereit, die Kinderfreundlichkeit in Kreuzlingen mittels der Standortbestimmung von UNICEF zu ermitteln und sich im Anschluss allenfalls für die Auszeichnung „Kinderfreundliche Gemeinde“ zu bewerben?



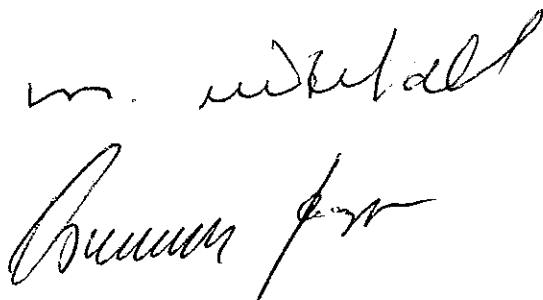
Charis Kuntzemüller-Dimitrakoudis,
SP/GEW/JUSO - Fraktion Kreuzlingen

Schriftliche Anfrage an den Stadtrat, betreffend 30er Zonen in Kreuzlingen

Vor ca. 10 Jahren wurden die 30-iger Zone in Kreuzlingen durch den Stadtrat eingeführt. Das Regime hat zur Reduktion der Geschwindigkeiten geführt, aber die Beschränkung wird vielfach nicht befolgt. Dies ist speziell ärgerlich in den Wohnzonen, wo Kinder sich aufhalten und spielen wollen und in von Fussgängern stark frequentierten Strassen..

Im Hinblick auf eine Befolgung der Geschwindigkeitsbegrenzungen können bauliche Massnahmen deren Beachtung nachhelfen. Die Frage an den Stadtrat lautet:

"Gibt es Regeln und Kriterien, welche die Errichtung von baulichen Massnahmen erlauben und wie wendet die Stadt diese an?"



GR Osman Dogru

GR Christian Winterhalter

01. November 2016

Schriftliche Anfrage „Smart Meter“

Sehr geehrter Herr Präsident

Ich reiche Ihnen gestützt auf Art. 45 der derzeit gültigen Geschäftsordnung des Gemeinderates zuhanden des Stadtrates folgende schriftliche Anfrage ein:

Die technischen Betriebe Kreuzlingen führen Smart Meter ein. Dies geht aus dem Budget 2017 und dem dazugehörigen Finanzplan hervor, welche an der GR Sitzung vom 10.11.2016 behandelt wurden.

Mit dem neuen Stromversorgungsgesetz wird der Elektrizitätsmarkt seit 1. Januar 2008 schrittweise liberalisiert. Dies erfordert eine neue Verbrauchserfassung. Mittels digitalen Zählern können sehr viele Daten gespeichert und online übermittelt werden, was einerseits den Stromkunden Energiesparmöglichkeiten aufzeigt, andererseits aber auch Risiken für die Privatsphäre birgt.

Die intelligenten Energiezähler ermöglichen, je nach Konfiguration, die mehr oder weniger detaillierte Aufzeichnung von Lastprofilen (d.h. der Verlauf des Stromverbrauchs pro Erfassungsintervall) eines Haushaltes sowie die Fernauslesung. Bei einem Intervall von 15 Minuten ergibt das rund 35'000 Messpunkte pro Jahr. Ein solches Energienutzungsprofil enthält für die Stromkunden wichtige Informationen über den Energieverbrauch und entsprechende Einsparungsmöglichkeiten. Es gibt jedoch auch Auskunft über Geschäftstätigkeiten, Produktionsprozesse, persönliche Aktivitäten, Tagesablauf, Krankheiten etc. Das Energienutzungsprofil stellt demnach ein Persönlichkeitsprofil dar, das nicht generell ausgelesen werden darf.

In diesem Zusammenhang stellen sich mir folgende Fragen:

1. Werden die Smart Meter flächendeckend eingeführt und welche Medien werden mit den Smart Metern ausgelesen (Strom, Wasser, Gas)?
2. Für die Auswertung der von den Smart Metern gesammelten Daten braucht es weitere Infrastruktur, wie z.B. Lichtwellenleiter, Datenkonzentratoren und Softwarelösungen. Sind diese Kosten für die Infrastruktur und Softwarelösungen ebenfalls unter dem Titel Smart Meter inkludiert? Wie hoch sind die Gesamtkosten für die Umstellung auf Smart Meter (Hardware, Software, Installation, Inbetriebnahme)?
3. Wurde ein Datenschutzreglement erarbeitet um den Einsatz der Smart Meter zu regeln? Wem gehören die gesammelten Daten? Haben Dritte Zugriff auf die gesammelten Daten?

4. Gab es eine Ausschreibung für die Beschaffung, Installation und Inbetriebnahme der Smart Meter? Wer installiert die Smart Meter in Kreuzlingen?
5. Wann ist die Umstellung auf Smart Meter abgeschlossen?
6. Warum wurde keine Botschaft bezüglich des Wechsels auf Smart Meter dem Gemeinderat zur Behandlung vorgelegt?

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'DM' with a stylized flourish extending to the right.

GR Daniel Moos, Freie Liste